

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeits oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Berufsprüfer: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 29. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Berufsprüfer: Amt I. Nr. 5121.

Steuerrücherr.

Es giebt nur wenige Steuern, die für alle Einwohner des Deutschen Reiches bestehen und von ihnen allen getragen werden. Unter diesen Steuern nehmen die Aufwandsteuern, also die indirekten, den Massenverbrauch belastenden Steuern die erste Stelle ein. Es ist amtlich berechnet worden, daß von diesen Aufwandsteuern 18,70 auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und zwei erwachsenen Kindern — hätte also nach den geringsten Ansätzen (die beiden Kinder als eine Person gerechnet) 56,37 M. für öffentliche Zwecke zu entrichten, selbst dann, wenn sie von allen anderen öffentlichen Abgaben frei wäre. Es ist aber eine gemeinplägliche Wahrheit, daß die Durchschnittsziffern der statistischen Berechnungen liegen. Der Betrag der gezahlten Verbrauchssteuern steigt absolut mit der zunehmenden Armut, weil der Bedarf der Unbemittelten an Artikeln des Massenverbrauches absolut größer ist als der der Besitzenden, er steigt auch relativ nach unten mit einer ungeheuerlichen Progression. Ein Arbeiter, der von einem Einkommen von 600 M. eine Familie in oben bezeichnetem Umfange zu ernähren hat, giebt durch Aufwandsteuern weit mehr als 10 Proz. von seinem Einkommen an den Staat ab, während eine Bankdirektoren-Familie, die eine Viertelmillion jährlich zu verzehren hat, durch die Aufwandsteuer nur etwa 1/10 Proz. ihres Einkommens einbüßt.

Während nun diese indirekte Besteuerung für das ganze Reich gilt, ist die Regelung der direkten Besteuerung bisher durch die Prozis, wenn auch nicht durch die Verfassung den Einzelstaaten vorbehalten geblieben. An Stelle der brutalen Gleichheit vor dem Steuergesetze findet man hier das bunteste Flickmuster der verschiedensten Finanzsysteme. Keines von ihnen hat es gewagt, die höchsten Einkommen im Sinne einer ansprechenden Gerechtigkeit auch nur so zu belasten, daß tatsächlich keine Progression nach oben, wohl aber nur eine verhältnismäßig gleiche Belastung aller Steuerklassen bestünde. Wäre diese durchzuführen, dann dürfte zum Beispiel ein Einkommen von 4000 M. nicht unter 340 M., ein solches von 20 000 M. nicht unter 1940 M. direkt belastet werden! Wo ist der Staat, in dem eine solche Belastung bestünde? Und doch wäre bei diesen Steuerfällen die Behauptung, daß das Einkommen progressiv nach oben besteuert sei, erst recht noch nicht wahr. In Wirklichkeit ist das totale Steuerverhältnis, das heißt das Verhältnis sämtlicher direkten und indirekten Steuern zum gesamten Einkommen weitens am größten bei den ärmsten Schichten, viel geringer bei den reichsten, am geringsten aber in den meisten Staaten bei den mittleren Schichten. Unser gesamtes Steuersystem trägt demnach den Stempel der Mittelstands-Politik. Der Reiche weiß den Verlust von einigen Prozenten seines Einkommens mit Humor zu ertragen, die große besitzlose Masse besitzt trotz der zwei Millionen Wahlstimmen von 1898 immer noch eine so unerschöpfliche Geduld, daß man daran denken kann, durch Votivsteuer, Bier- und Tabaksteuern ihren wunden Wunden noch schwerer zu beladen; der Mittelstand aber, Geschäftsleute, Beamte, geistige Arbeiter, würde unfehlbar revolutioniert werden, wenn man ihn verhältnismäßig nur so schwer bepacken wollte wie den Millionär oder gar — den Proletarier!

Ein neues Buch über die Einkommensteuer-Gesetzgebung, das offenbar einen sehr ordnungsliebenden und staatsstreuen Mann zum Verfasser hat, zeigt unablässig, drum nicht minder deutlich die paritätaristischen Schlupfwinkel auf, in die sich unsere finanzpolitische Reaktion verlocken hat. Obgleich sich der Verfasser naturgemäß bloß mit jenen Staaten beschäftigt, die eine Einkommensteuer eingeführt haben, einander aber in ihrer Finanzverfassung noch am ähnlichsten sind, ergibt sich selbst auf diesem Gebiet die abenteuerlichste Wunschseligkeit der einzelstaatlichen Bestimmungen.

Preußen mit seinem steuerfreien Minimum von 900 M. und seinen progressiven Sätzen von 0,6 Prozent bis gegen 4 Prozent marschiert sogleich nach „an der Spitze der Civilisation“. In Sachsen aber sinkt die Grenze des steuerfreien Einkommens schon auf 400 M., womit hier freilich nicht wie in Preußen das Einkommen der Haushaltung, sondern das des Einzelnen gemeint ist. 900 M. beträgt das Minimum wieder in Baden, 500 M. in Hessen, 600 M. in Sachsen-Meiningen, 60 M. in Sachsen-Altenburg (1), wieder 900 M. in Braunschweig, wieder 600 M. in Anhalt, aber nur 300 M. in Lippe-Deilmold, 15 M. in Neuh. a. L. (2), 900 M. in Hamburg, 600 M. in Lübeck; gar kein Existenzminimum lassen frei: Oldenburg, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Rudolstadt und das reiche Bremen!

Der niedrigste Steuersatz beträgt beispielsweise in Preußen, wie gesagt, 0,6 Proz., in Oldenburg 1 M., in Sachsen-Weimar 0,8 Proz., in Hessen 3 M., in Sachsen-Meiningen 0,8 Proz., in Sachsen-Altenburg 1,80 M., in Braunschweig 3 M., in Anhalt 15 Pf., in Schwarzburg-Sondershausen 1 M., in Schwarzburg-Rudolstadt 5 Pf., in Lippe-Deilmold 12 Pf., in Neuh. a. L. 3 Pf., in Hamburg 1 M., in Lübeck 4 M., in Bremen 1 M.

Der höchste Steuersatz beträgt in Preußen, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Hessen, Sachsen-Weimar und Oldenburg etwa 4 Proz., in Braunschweig nicht ganz 2 Proz., in Anhalt 0,13 Proz. (3), in Schwarzburg-Sondershausen bezieht sich das Abenteuer, daß der Steuersatz bis 20 000 M. auf 3 Proz. steigt, von da ab aber sinkt, da jedes weitere Tausend des Ein-

kommens nur mit 3 M., also mit 0,3 Proz. belastet wird! In Schwarzburg-Sondershausen beträgt es hinwiederum überhaupt nur 0,3 Prozent (4), ähnlich erreicht es in Lippe-Deilmold erst bei 100 000 M. die schwindelnde Höhe von 0,32 Prozent! In Hamburg erreicht er erst bei 50 000 Mark die Höhe von 1 Prozent. 1 Prozent ist auch in Bremen der höchste Steuersatz, dort beginnt er aber hinwiederum schon bei 9500 M., in Lübeck beträgt der höchste Steuersatz aber 3 Prozent und beginnt schon bei 4000 M. Kleine Einkommen aber sind bald steuerfrei, bald zahlen sie in bunter Reihe bis 4 M.! Große Einkommen, von denen in dem einen Staate Tausende zu entrichten sind, haben in dem andern an den Staat nur ein wahres Nachwächter-Trinkgeld zu bezahlen. In den Staaten mit der rücksichtslosesten Autokratie und mit den reichsten Einkünften aus Domänen kommt die Einkommensteuer fast gar nicht in Betracht.

Wenn schon in der Proportion der Besteuerung eine solche bunt-schichtige Verschiedenheit herrscht, so kann man sich lebhaft vorstellen, wie groß erst die Verirrung auf den übrigen Gebieten der Steuer-gesetzgebung wird. Ueber Deklarationspflicht und Einschätzung, über die Besteuerung von Ausländern, über die Heranziehung der juristischen Personen (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Genossenschaften usw.) hat jeder Staat seine besonderen Bestimmungen. Erst jüngst ist die Meldung laut geworden, daß das Reichsamt des Innern habe sich entschlossen, für die Besteuerung der privaten Versicherungsgesellschaften eine einheitliche Regelung herbeizuführen und habe die hohen Bundesregierungen zu einer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse aufgefordert. Dieser Schritt ist natürlich nur auf das Andringen der Interessenten unternommen worden, es bleibt aber eine vernünftige Maßregel, auch wenn sie in erster Linie nur der Geschäftswelt zu gute kommt.

Wir werden es also vielleicht bald dazu bringen, daß die Steuer-verhältnisse der privaten Versicherungsunternehmen einheitlich geordnet werden. Aber davon hat man noch nie etwas gehört, daß sich ein Reichsamt vernessen hätte, den Einzelstaaten in der Frage dreinzureden, wie sie die physischen Personen in ihrem Gebiete unter die Steuerjochs bringen sollten.

Und doch liegt es auf der Hand, daß die Ordnung der einzelstaatlichen Finanzen für das Reich von der größten Bedeutung ist. Wir meinen das Reich wie es ist: mit seinen übermäßigen Militär- und Marine-forderungen, mit seinen Plänen auf die Tschuden, der Armen Leute. Wenn beispielweise das gesagte Sachsen Zuschläge zur Einkommensteuer auch der niedrigen Klassen erhebt just in dem Augenblick, da für Bier- und Tabaksteuern Stimmung gemacht werden soll, so kann das dem Reiche nicht gleichgültig bleiben. Ebenso ist es für das Reich keineswegs bedeutungslos, wie die Einzelstaaten ihre Millionäre besteuern. Verstehen sie es, durch angemessene Besteuerung des Reichthums ihre Finanzen in gutem Zustande zu erhalten, so werden sie auch nicht rebellisch werden, wenn sie einmal etwas direkt aus ihrer Kasse für des Reiches Wohl und Herrlichkeit beisteuern müssen.

Wäre nun aber das Reich erst so weit, jenen Kurs der Finanz-politik zu steuern, der der seligen Bismarckerei entgegengesetzt ist, d. h. wollte es allmählich und schrittweise (denn die „Kontinuität der Entwicklung“ darf ja doch nicht gestört werden!) die in-direkten Steuern, teilweise wenigstens, durch direkte zu ersetzen suchen, dann würde die Frage der einzel-staatlichen Finanzpolitik geradezu zu seiner eigenen Lebensfrage werden. Schon die vielleicht zu beschreibenden Wünsche der social-demokratischen Partei betreffend die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer auf die großen Einkommen begegnen dem Bedenken, daß mit Rücksicht auf die ungleiche Besteuerung in den Einzelstaaten eine „gerechte“ Besteuerung nicht möglich sei. Denn allsonal, wenn es sich um die Besteuerung der großen Ein-kommen handelt, wird die Steuergerechtigkeit empfindlich wie ein Hühnerauge. Schließlich könnte aber doch der Zeitpunkt kommen, da es anders überhaupt gar nicht geht.

Unter allen Umständen ist also das Reich lebhaft daran interessiert, daß erstens einmal in allen Einzelstaaten ein ver-nünftiges Existenzminimum vom Steuerbottel verschont bleibt, und daß zweitens nirgends im Reiche das große Vermögen jener Besteuerung entgeht, die nach Zeit und Umständen als angemessen erscheinen muß. Die zweite dieser beiden Garantien wird sich auch im Interesse der Einzelstaaten als umso dringender herausstellen, je mehr die Zahl der mühsigen Empfänger großer Einkommen an-schwillt. Bietet sich doch jetzt schon oft genug das unwürdige Bild, daß die kleinen Einzelstaaten im Inseratenteil der Presse gegen die andern Schmutzkonkurrenz treiben und daß sich einzelne Städte wegen ihrer geringen Steuern den P. T. Pensionären und Rentiers zum dauernden Aufenthalte empfehlen.

Diese beiden Garantien liegen sich aber nur auf zwei ver-schiedenen Wegen durchzuführen: entweder so, daß sie verfassungs-rechtlich gewährleistet würden, oder aber so, daß die Socialdemokratie von innen heraus, in den einzelnen Landstufen, für etwas mehr finanzpolitische Reinlichkeit zu sorgen, Gelegenheit fände. Es klingt drohig, aber es ist wahr, daß der Reichsfinanzminister eigentlich keinen besseren Freund hat als die Socialdemokratie der Einzelstaaten und daß er darum eigentlich ein begeisteter Freund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahl-rechts für den Landtag sein müßte.

Aber merkwürdig; er will es nicht einsehen! Und so wird es vorläufig weiter so bleiben, daß in Lippe-Deilmold ein Ziegelschläger 10 und 12 Proz. seines Einkommens an öffentlichen Abgaben ent-richtet, der zwanzig- und mehrfache Millionär aber vierzigmal weniger!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. August.

Geführte Duellfeier?

Aus Gumbinnen wird gemeldet, daß Hauptmann von Frankenberg und Proschlich sowie Oberleutnant Rumbauer, beide vom 1. Feldartillerie-Regiment, ihren Ab-schied erhalten haben und daß ein anderer Offizier des Regiments, und zwar derjenige, der die reisende Eskorte des **Lieutenants Hildebrand angeführt hat**, zum Train veretzt sein soll. Diese Meldung, die aus privater Quelle kommt, während man amtlich schweigt, wird von der gesamten bürgerlichen Presse mit größter Genugthuung begrüßt. Die „Köln. Ztg.“ giebt den Ton an, indem sie erklärt:

„Unabweislich handelt es sich bei diesen Maßregeln um die Sühne für die Vorgänge bei der Abschiedsfeier des Ober-leutenants Hildebrand, die so großen Anstoß erregt haben. So bedauerlich der ganze Vorfall war, so ist es doch anzuerkennen, daß den Vergehenden die Strafe gefolgt und daß man gegen die betreffenden Offiziere scharf und schonungslos vorgegangen ist.“

Es ist recht zweifelhaft, ob die geschehene Sühne als „scharf und schonungslos“ gelten kann. Nach den früheren Nachrichten haben die an der Duellverherrlichung beteiligten Offiziere sich strafgesetzlich vergangen, indem sie Mannschaften zu einer nicht dienstlichen Handlung kommandierten. Jedoch liegt es uns fern, den bürgerlichen Jubel über die gestrenge Veredlung der Angelegenheit durch den Einwurf zu stören, daß nicht genügend gestraft worden ist. Vielmehr neigen wir durchaus zur Bewilligung mildernder Umstände für die beteiligten gewissen Offiziere, deren Handlungsweise nur ein Ausfluß der allgemein in Offizierskreisen herrschenden Anschauungen über das Duell ist. Der bürgerliche Jubel ist deshalb so überaus lächerlich, weil die an den Offizieren vollzogene Sühne eine winzige Nebenpflichtigkeit ist gegenüber der That-sache, daß ein Mensch im Duell getötet hat. Ist es so verwunderlich, daß die Offiziere von Gumbinnen die zulässigen Grenzen ihrer Duellfeier überschritten, nachdem in ihnen durch die eilige Regnadigung des Kameraden die Anschauung gefestigt worden war, daß ihr Kamerad nichts Verabscheuungswertes vollbracht habe?

Es geht nicht die Ratgeber der Monarchen sich dazu entschließen, die jetzt andauernd übliche Regnadigung von Duellanten nicht bei den Inhabern des Regnadigungsrechts in Vorschlag zu bringen, eher ist von einem erneuten Willen, das schmutzige Duellwesen ein-zuschränken, überhaupt nicht zu sprechen.

Neben den Ratgebern der Monarchen sind allerdings an der Fortdauer der Duelle die Mehrheitsparteien des Reichstags mitschuldig. Das Centrum hat soeben in Mannheim auf der Ratifikationversammlung wieder in flammender Entrüstung sich gegen das unchristliche Duell ausgesprochen. Aber das Centrum spricht eben nur immer. In der That war es gerade die sophistische Wes-schönung des Centrums, als ob die kaiserliche Kabinettsorder über das Duell ein Verbot desselben bedeute, durch welche der jetzige Zustand noch immer erhalten bleibt. Die Kabinetts-order bedeutet in Wirklichkeit eine Gewährung des Duellierens, indem sie seine Verhütung „in leichteren Fällen“ empfiehlt. Statt des großmüthigen Veredes sollten die Centrums-redner endlich die Wahrheit vor ihren unchristlich-seligen Byzantinis-mus stellen und die verhängnisvolle Kabinettsorder bekämpfen, anstatt sie zu verherrlichen. —

Die Fleischnot.

Ein interessantes Zugeländnis entschlüpft dem „Reichsbote“, da er die Fleischnot abzuleugnen versucht. Das konservativste Blatt, das den Votivsteuer und Fleischsteuer in der Saucel salzungsvoller Brömmigkeit aufzutragen pflegt, erwähnt die von uns bereits mit-geteilte That-sache, daß auf dem Posenener Schlachthofe im letzten Etatsjahre dieser Stadt 6211 Schweine weniger geschlachtet worden sind, was einem Mindestprozentsatz von 17,85 und einem Rückgang des Gesamtkonsums an frischem Fleisch um drei Altkogramm pro Kopf der Bevölkerung entspricht. Der „Reichsbote“ will diesen Beweis der Fleischnot beseitigen, indem er sagt:

„Das beweist doch nur, daß die Bevölkerung weniger Fleisch konsumiert hat als früher, und daß das gerade beim Schweinefleisch der Fall war, welches vorzugsweise von der Arbeiterbevölkerung genossen wird, weist also Ursache auf die wirtschaftliche Notlage mit ihrer Arbeitslosigkeit hin. Wenn die Arbeiter nicht so viel verdienen wie sonst, können sie auch nicht so viel Fleisch essen, und die Schlächter brauchen nicht so viel Schweine zu schlachten.“

Da hat sich Herr „Reichsbote“ recht nett verplaudert. Sonst ist es socialdemokratische Pläse, von „wirtschaftlicher Notlage“ zu sprechen; sonst ist es socialdemokratische Verbeugung, zu behaupten, daß die Arbeiter so wenig verdienen, daß sie ihren Fleischkonsum einschränken müssen. Jetzt aber wird das alles zugestanden, um die andere „socialdemokratische Pläse und Verbeugung“, daß es eine Fleischnot gebe, zu widerlegen.

Es ist klar, daß Minderverdienst und Arbeitslosigkeit der Arbeiter den Minderkonsum von Fleisch verursachen. Aber wird durch diese Ursache das außerordentliche Emporschnellen der Fleischpreise erklärt? Würde nicht der Minderabsatz un-gelocht zur Preissteigerung führen?

Wir haben die Erscheinung doppelter Fleischnot: Einerseits die Not des Arbeiters, selbst wenn die Fleischpreise billiger wären,

*) Dr. Otto Müller, Die Einkommensteuer-Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern. Jena, Gustav Fischer, 1902.

genügend Fleisch zu kaufen. Andererseits der Mangel an Vieh und Fleisch, der die Preise ungeheuerlich in die Höhe schmeißt!

Aus Gera wird berichtet:

Der Fleischkonsum ist in den letzten Jahren auch in Gera erheblich zurückgegangen. Im städtischen Schlachthofe dürften im laufenden Jahre mehr als 1000 Schweine weniger geschlachtet werden, als im Vorjahre, und im letzteren betrug der Abgang gegenüber 1000 mindestens 600 Schweine. Dazu kommt noch der Anfall an amerikanischen Fleischwaren, wovon früher Tausende von Kilo pro Jahr hier eingeführt und zum Verkauf gebracht wurden. Diese Tatsachen beweisen, wie schlecht es um die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung bestellt ist. Durch Abperrung der Grenzen sind die Fleischpreise so gesteigert worden, daß sie von den schlecht bezahlten Arbeitern nicht mehr bezahlt werden können.

In Leipzig hat das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei vier große Volksversammlungen einberufen, um der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit zu geben, zur bestehenden Fleischnot und ihren Ursachen Stellung zu nehmen.

Aus Worms wird berichtet: Ähnlich wie in andern Städten haben auch die Wormser Schweinefleischhändler einen allgemeinen Aufschlag sämtlicher Fleisch- und Wurstwaren beschlossen. Veranlaßt wurde dies durch die nun schon lange dauernden ungemein hohen Schweinepreise. Am Plage wäre es, daß in Rücksicht darauf die Reichsregierung sich entschließen würde, die Grenzsperrung für Fleisch, und wenn auch nur vorübergehend, aufzuheben, und so einer weiteren Steigerung der Fleischpreise vorzubeugen.

Aus Mülhausen wird der nationalliberalen „Straßb. Post“ geschrieben:

Die Frankfurter Preise sind noch gering zu nennen im Verhältnis zu den Fleischpreisen unserer Industriestadt Mülhausen. Hier ist das Pfund Kalbfleisch nicht unter 1 Mark zu haben, und die bessere Qualität kostet sogar 1,10—1,20 Mark; das Pfund Schweinefleisch kostet 80 Pf., Hammelfleisch 80 Pf. bis 1 Mark und das Rindfleisch 68—80 Pf. Auch die Preise für Wurstwaren sind bedeutend in die Höhe gegangen, so daß nicht nur unsere zahlreiche Arbeiterschaft, sondern auch die kleineren Geschäfte unserer Industrie, sondern auch die gesamte Bauernschaft, wie überhaupt der kleine Bürgerstand sehr unter diesen hohen Fleischpreisen zu leiden hat. Jenseits der Schweizer und der französischen Grenze hingegen sind die Fleischpreise durchschnittlich 20 bis 30 Prozent billiger als hier. Wie bestimmt verlautet, beabsichtigt unser fortschrittlich gesinnter Gemeinderat (Demokraten und Sozialdemokraten) eine Untersuchung der Ursachen dieser hohen Fleischpreise behufs Prüfung etwaiger Gegenmaßnahmen vorzunehmen. Es ist dies ein sehr wichtiges Vorgehen, da bei diesen enorm hohen Preisen leider die Gefahr der Unterernährung bei einem größeren Teil unserer Bevölkerung zu befürchten ist.

Aus Hungern an der Grenze.

Straßburg, 23. August. (Telegramm.) Der „Wester-Bl.“ zufolge hat der zollfreie Grenzverkehr mit Fleisch gegen früher eine erhebliche Einschränkung erfahren. Die Zollämter erhielten dieser Tage einen ministeriellen Erlaß aus Straßburg, der den zollfreien Grenzverkehr einer Neuordnung unterzieht. Danach dürfen von den Grenzwohnern nicht mehr als 2 Kilogramm Fleisch über die Grenze gebracht werden, und das täglich nur einmal von einer und derselben Familie. Von jedem der Fleisch über die Grenze bringt, muß der Nachweis erbracht werden, daß das Fleisch für seinen Bedarf bestimmt ist, und es ist nicht gestattet, für dritte Personen, Bekannte oder Verwandte, Fleisch über die Grenze zu bringen. Das Fleisch wird beanstandet und der Transporteur wegen Zolldefraudation in Strafe genommen!

Deutsches Reich.

Sozialdemokratischer Bauernfang.

Unter diesem Titel geht durch die liberale wie durch die agrarische Presse in rührender Einmütigkeit folgende Notiz, die wir wörtlich abdrucken, weil sie sonst um ihre volle Wirkung läme. Sie lautet:

Wie man Bauern fängt. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Breslau erklärte „Genosse“ Kautsky im Jahre 1895: „Der Bauer ist ein Fanatiker des Privateigentums. Wir wollen die Persönlichkeit des Bauern schützen, aber nicht seinen Besitz. Das dem Parteitag unterbreitete Agrarprogramm würde den Eigentumsfanatismus der Bauern neu entfachen. Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, indem wir die Bauern in ihrem Besitz beseitigen, also ganz entgegengelehrt verfahren als sonst.“

In seinem Buche über die Agrarfrage schrieb Kautsky im Sommer 1899:

Wenn wir im Besitze der Staatsmacht sind, werden wir nicht daran denken, die kleinen Bauern zu expropriieren (einerlei, ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu thun geneigt sind. Unser Kampf gegen den kleinen Bauer besteht zunächst darin, seinen Privatbesitz und Privatbetrieb in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von genossenschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck.“

In einer vor kurzem im Verlag des „Vorwärts“ erschienenen Broschüre „Am Tage nach der sozialen Revolution“ schreibt derselbe Kautsky:

Nach kein Socialist, der ernsthaft zu nehmen ist, hat je verlangt, daß die Bauern expropriert oder gar ihre Güter konfisziert werden sollen. Es wird vielmehr wahrscheinlich jedem kleinen Bauer gestattet bleiben, so weiter zu wirtschaften, wie er das bisher getan hat. Der Bauer hat von einem sozialistischen Regime nichts zu fürchten. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß diese bäuerlichen Wirtschaften durch das neue Regime (am Tage nach der sozialen Revolution) eine Stärkung erfahren werden.“

Dazu bemerkt die „Freif. Bl.“, der wir diese interessante Zusammenstellung entnehmen:

So fängt man Bauern! Wie aber sind Kautsky's Versprechungen zu vereinbaren mit dem geltenden sozialdemokratischen Programm, welches die Verwindung jedes Privateigentums an Produktionsmitteln in sozialistische „für und durch die Gesellschaft“ betriebene Produktion als Mittel zum Zweck proklamiert?

Diese Vereinbarung ist doch recht einfach. Wenn es gilt, Bauernfang zu treiben, pfeift man eben auf das Programm.“

In der That, sehr einfach. Aber der Bauernfang ist noch weit schlimmer, als die Freistimmige Zeitung und ihre Nachbeter sich träumen lassen. Befolgt Kautsky hat 1892 einen Kommentar zum Erfurter Programm herausgegeben, worin es u. a. heißt: „Der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft bedingt keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Kleinbauern. . . Die Kapitalisten sind es, welche tatsächlich Bauern und Kleinhandwerker expropriieren. Die sozialistische Gesellschaft macht dieser Expropriation ein Ende.“ (Das Erfurter Programm, 3. Aufl., S. 160, 161.)

Die Sozialdemokraten treiben also den Bauernfang so weit, daß sie sogar im Kommentar zu ihrem Programm auf dieses pfeifen.

Aber noch mehr. Der Text des sozialdemokratischen Programms, den die „Freistimmige Zeitung“ citiert, findet sich einzig und allein in dem von ihr demüthigen Exemplar. In allen andern wird nicht die Verwindung jedes Privateigentums an Produktionsmitteln in

sozialistische Produktion“ verlangt wie es in der „Freistimmigen Zeitung“ schon heißt, sondern die Verwindung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische.“

Man sieht, die Sozialdemokratie pfeift sogar aus lauter Bauernfängererei in ihrem eignen Programm auf ihr von der „Freistimmigen Zeitung“ entdecktes Programm, indem sie bloß die Vergeßlichkeit des kapitalistischen (also nicht des Kleinbäuerlichen) Privateigentums an den Produktionsmitteln fordert. Ganz abgesehen von dem besondern bauernfängerischen Kniff, daß die allgemein zugängliche Ausgabe unseres Programms nicht von der freistimmigen Lesart enthält, die uns Verwindung des Privateigentums in Produktion fordern läßt!

Auf ebenso geheimnisvolle Weise wie in den Besitz dieses Citats ist die „Freistimmige Bl.“ in den des andern gelangt. Das Citat aus dem Jahre 1895 ist nur zur Hälfte wörtlich so gelagert worden, es sollte übrigens der „Freistimmigen Zeitung“ nicht allzu unsympathisch sein. Wer die Worte im Zusammenhang liest, sieht, daß Kautsky nicht andres ablehnte, als künstlichen, staatlichen Schutz für besondere Betriebsformen, die sich aus eigener Kraft nicht mehr behaupten können. So da ein Gegensatz zu den beiden folgenden Citaten bestehen soll, ist schwer ersichtlich.

Die „Freistimmige Zeitung“ will offenbar haben, indem sie die Zahlen von 1895 und 1899 fast drückt, Kautsky habe aus demagogischen Gründen 1899 anders geschrieben wie 1895. Aber sie muß auch da wieder eine besondere Ausgabe des von ihr citierten Buches bemerkt haben, die neben den gewöhnlichen Ausgaben besteht. Denn die Worte, die als Citat aus Kautsky's „Agrarfrage“ aus dem Jahre 1899 angeführt werden, hat Friedrich Engels in einem Artikel der „Neuen Zeit“ über die Bauernfrage 1894 (N. Z. XIII, 1, S. 301) gefälscht.

Wenige Zeilen weiter heißt es dort: „Wir können nun und nimmermehr den Parzellenbauern die Erhaltung des Einzeligentums und Einzelbetriebs gegen die Uebermacht der kapitalistischen Produktion versprechen. Wir können ihnen nur versprechen, daß wir nicht wider ihren Willen gewaltthätig in ihre Eigentumsverhältnisse eingreifen werden.“ Es war gerade der Standpunkt dieses Artikels, den Kautsky 1895 in Breslau einnahm und verteidigte.

Aber sonst stimmt alles in den Citaten der „Freif. Bl.“ Man sieht, ihre Gelehrten sind ebenso laudensfähig wie gewissenhaft, wenn es gilt, einem Sozialdemokraten die Ehre abzuschneiden.

Das ist die richtige Vorbereitung zum „Kartell der Vinken“, zu dem manche Herren des Freisinn die sozialdemokratischen „Wauernfänger“ gerne — einfangen möchten. —

Katholizismus und Kunst.

Das bekannte Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern mag mit dem Anlaß geliefert haben, daß die in Mannheim versammelten Heinge-Wänner sich auch mit der Kunst auseinandersetzten. Möglicherweise mag sie auch die Ansicht geleitet haben, daß auch sie sich gleich der Sozialdemokratie eine Kunstdebatte leisten könnten. Sie begnügten sich freilich, wie das bei diesen gründlichen Verhandlungen der Centrumsparaden ja überhaupt üblich ist, mit einem Vortrag über „Katholizismus und Kunst“, dessen Inhalt dessen ungläubliche Thesen zu einer Diskussion natürlich keinerlei Anlaß geben.

Auch diesen Vortrag hatte man nach dem Schema aufgebaut, daß außerhalb der Kirche kein Heil sei. Nur die katholische Kirche treibe Sozialpolitik, nur die Kirche trit ein für wahre und freie Wissenschaft, nur die Kirche ist die Schutzherrin und Pflegerin der Kunst. So sagte der Referent Lycal-Professor Dr. Endres:

„Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte: Keine Macht der Erde hat der Kunst und zwar nicht bloß der kirchlichen, sondern auch der profanen Kunst einen derartigen Impuls gegeben, einen derartigen Nährboden bereitet, wie die katholische Kirche. Wenn man der katholischen Kirche das Verständnis und das Interesse für Kunst absprechen wollte, die katholischen Dome, Kirchen und Museen, die katholischen Gotteshäuser fast ausnahmslos würden lauten Protest dagegen erheben. Für unsere Kirche ist das Herrlichste, was wir zu leisten im Stande sind, gerade gut genug.“

Wie man sieht, hat auch dieser Centrumsredner den Mund gehörig vollogenommen. Daß die Kirche die Kunst, namentlich die Architektur, gewaltig gefördert hat, hat noch kein Mensch bestritten. Aber die Kirche bedurft eben der Kunst bei ihrem Bestehen, durch Pomp und Pracht ihres Kultes die Massen zu faszinieren! Und das Centrum sollte doch auch nicht vergessen, daß es eine Antike gegeben hat, deren wunderbare Kunstschätze barbarisch zu zerstören gerade die Kirche seinerzeit alles aufzuboten hat! Und der Centrumsredner hätte doch auch zugestehen müssen, daß die Zeit, in der die Kunst in erster Linie im Dienste der Kirche stand, längst vorüber ist, daß überhaupt die kirchlich protegierte und kirchlich — bevormundete Kunst nur eine Gattung der Kunst darstellt. Statt dessen gebärdete sich Dr. Endres, als ob es außerhalb der kirchlich geachteten Kunst überhaupt nichts gäbe, das diesen Namen verdiene. Namentlich goß der gestrenge Kunstrichter unerbittlich die Schale seines sittlichen Abscheus über die moderne „Kunst“ aus:

„Eine andre Richtung, die den persönlichen Gott, die Unsterblichkeit der Seele nicht anerkennt, verfällt selbstverständlich immer mehr dem Sinnengenuß. Diese moderne Richtung ist demüthigt, auch die Kunst in ihren Kreis zu ziehen. Die Kunst verfällt in Unsitlichkeit, und da tausend Mittel vorhanden sind, die Kunst zu vervielfältigen und in die breiten Massen des Volkes zu bringen, so liegt die Gefahr vor, durch diese Kunst das Volk sittlich zu gefährden. Deshalb müssen wir immer und immer wieder rufen: Zurück zu der Kunst zu den christlichen Idealen. Wenn der Künstler seine Aufgabe vom sittlich-wahren Standpunkt auf faßt, dann wird er zum Herold des Schönen und des Sittlichen. Wenn er aber in den Sinnengenuß hinabsteigt und sein künstlerisches Können in den Dienst der Unsitlichkeit stellt, dann wird er zum Anwalt des Gemeinen.“

Man weiß aus den Heinge-Debatten, wie mimosenhaft empfindlich kausche Centrumsmitglieder sind. Für sie ist der unbescheidete menschliche Körper bekanntlich schlechthin unsittlich und gemein. Wie weit diese trügerischen Fesseln, die keine Spur jener weltberühmten künstlerischen Feinsinnigkeit besitzen, die manchen geistlichen Vätern der Renaissance ansehnlich, in ihrem demüthigen Wahn und ihrer blinden Wilderfängererei gehen, dafür legen die lebhaften Klagen bereitetes Zeugnis ab, die in einer späteren Sitzung des Katholikentages einer der Ihrigen selbst erheben mußte.

Affluent der Stadtbibliothek Dr. Pfeiffer (München) tabelte es nämlich, daß man auf dem Gebiete wahrer Kunst bis heute nichts Neues zu empfinden sei und gewissermaßen das Kind mit dem Bade ausschütten. So habe man in der Marienkirche zu Würzburg an wahrhaften Kunstwerken durch Abmählung der Schamkapsel eine vollständige Verwüstung angerichtet. In Würzburg sei eine Statue der Eva, ein Kunstwerk ersten Ranges spurlos verschwunden. Durch derartige Vorkommnisse sei es den jüdischen Antiquaren möglich gewesen, sich des Handels mit christlichen Kunstwerken zu bemächtigen.

Und diese plumpen, täppischen Barbaren, die sogar kirchliche Kunstschätze, die jahrhundertlang unbeantastet geblieben, selbstverständlich und bei Seite schaffen, wollen sich als Hüter und Förderer der Kunst aufspielen! —

Mit einer Kundgebung für die Kongregationen (Hof am Donnerstag die dritte und letzte geschlossene Generalversammlung des Katholikentages. Folgende Resolution Trimborn und Genossen fand Annahme:

„Die Generalversammlung erblickt im Wesen und Wirken der katholischen Orden und Kongregationen eine glänzende Verkörperung der christlichen Welt- und Lebensauffassung, eine kraftvolle Schutzwehr gegenüber der verberbernden materialistischen Strömung unserer Zeit. Sie beklagt aufs lebhafteste, daß in einer Zeit, in welcher religions- und kirchenfeindliche Bestrebungen aller Art ungenügend sich geltend machen können, die der Selbstsorge, der Krankenpflege und Heidenbekehrung gewidmeten katholischen Orden und Kongregationen sich nicht mit aller Freiheit entfalten dürfen.“

Am Schlusse der Sitzung wurde Graf Droste-Bischoffing-Münster wiederum zum Kommissar der Generalversammlung ernannt und zum Ort der nächstjährigen Tagung Köln gewählt. —

Den Anschluß der Elsaß-Lothringer an das Centrum will eine Resolution anbahnen, die am Montag vom Hauptvorstand des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse in Mannheim angenommen wurde. Wie der „Elsaß“ mitteilt, waren in der Versammlung zahlreiche Geistliche aus Elsaß-Lothringen erschienen. Die Resolution lautet:

Die anläßlich der 49. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Mannheim versammelten Mitglieder des Augustinus-Vereins aus allen Teilen des Deutschen Reichs sprechen den Wunsch aus, die katholische Presse des Reichslands möge einmütig und entschlossen dafür eintreten, daß die elsaß-lothringischen Katholiken in Land, Bezirk und Gemeinde auf der Grundlage des bewährten Programms der deutschen Centrumpartei unter Berücksichtigung der besonderen elsaß-lothringischen Verhältnisse sich organisieren und insbesondere dafür wirken, daß die nächsten Reichstagswahlen auf der Grundlage dieses Programms sich vollziehen und die aus diesen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten der Reichslande der Centrumsfraktion des deutschen Reichstages sich anschließen.

Die Führer der „Proleten“, die Wetterle, Winter und Genossen werden es vermuthlich an einem Widerstand nicht fehlen lassen. Bisher sind wenigstens alle Versammlungen früherer Katholikentage, den Anschluß der katholischen Wähler der Reichslande, die 78 Prozent der Bevölkerung bilden, herbeizuführen, erfolglos geblieben. —

Beamten-Vergeltung. Der preussische Beamte verfaßt immer mehr dem Schicksal, das er durch ständige Bedienstetheitspflicht und fortwährend geduldiges Ertragen aller Zumuthungen der Vorgesetzten selbst verschuldet hat. In den politischen Landesstellen werden Beamte gemarginalt, sofort sie sich nicht den schnell wechselnden Launen der oben beliebten Hofpolitik gehörig anpassen wissen. Aber nicht nur in politischen Fragen soll Meinungsverschiedenheit dem preussischen Beamtentum fremd sein, selbst in allem soll er noch so harmlose Ueberzeugungen auf dem Altar der unbedingten Gehorsamkeit opfern. Die „Königsb. Hart. Bl.“ erzählt von zwei Fällen, in denen der Wille zur disciplinaren Maßregelung in der — Verkämpfung des Alkohols lag!

Das Blatt schreibt:

Der Oberstabsarzt Dr. Matthäi hat in Danzig die Antialkoholbewegung in Gang gebracht. Er hat außerdem in den letzten Jahren in Wort und Schrift eine außerordentlich reiche Thätigkeit über die Alkoholverhütung, besonders auch in Militärkreisen, entfaltet. Diese Thätigkeit scheint aber in steigendem Maße Mißbehagen erregt zu haben. Man hielt es für nötig und angebracht, Matthäi formell auf die Bestimmung aufmerksam zu machen, wonach Militärpersonen zur Veröffentlichung von Druckschriften der Erlaubnis der vorgesetzten Behörde bedürfen. Der öffentlichen Wirksamkeit Matthäi's aber ließ man einen Nadel vor, indem man ihm strikte verbot, in Vereinen zu sprechen. Um den Scherereien zu entgehen und die Freiheit der Verthaltung für seine gute Sache zu erlangen, sah sich Matthäi dem schließlichen Genöthigt, obgleich er noch in den besten Jahren steht und eine große Arbeitskraft besitzt, den Abschied zu nehmen und sich pensionieren zu lassen.“

Weshalb erging es dem bekannten Eisenbahndirektor de Terra in Guben. Ueber sein Erlebnis wird berichtet:

„De Terra hatte sich entschlossen, eine antialkoholische Bewegung unter den deutschen Eisenbahnern ins Leben zu rufen. Bevor er jedoch an die Ausföhrung seines Entschlusses ging, wußte er, daß er sich mit dem Eisenbahnminister (es war damals — Januar 1892 — noch Thielen im Amte) in Verbindung zu setzen, und reichte zu diesem Zwecke nach Berlin, um dem Minister Vortrag zu halten. Derselbe empfing ihn aber nicht, sondern ließ sich durch einen Ministerialdirektor vertreten, welcher sich den Absichten de Terras gegenüber ablehnend verhielt und betonte, daß erfahrungsgemäß nur die Mäßigkeitsbestrebungen Erfolge haben, während die Enthaltensbewegung aussichtslos sei. Den Einwendungen de Terras gegenüber blieb der Herr Ministerialdirektor dabei, daß bei uns in Deutschland mit solchen Bestrebungen nichts zu machen sei, und daß er Herrn de Terra dringend von seinem Unternehmen abraten müsse. De Terra ließ sich aber nicht abbrecken. Er erließ einen auch in der Presse veröffentlichten Aufruf an alle deutschen Eisenbahner, in welchem er die verderblichen Wirkungen des Alkohols besonders für den Eisenbahner darlegte und zur Gründung einer Vereinigung enthaltensamer deutscher Eisenbahner“ aufforderte. Der Erfolg des Aufrufs war überraschend: die Vereinigung, welche am 26. Januar in Berlin gegründet wurde, zählt bereits jetzt, 7 Monate nach Erlaß des Aufrufs, über 500 Mitglieder. Für de Terra selbst aber hatte die Nichtbeachtung der ministeriellen Warnung und die Agitation für die von ihm gegründete Vereinigung den Erfolg, daß er vor kurzem „im Interesse des Dienstes“ von Guben nach Stolp in Pommern versetzt worden ist, weil er angeblich durch seine Agitation zu sehr seinen Dienstverpflichtungen entgegen werde, was, wie man meint, in Deutschlands Norden ihm weniger möglich sein werde als im Centrum.“ —

Kavallerie gegen Polen! Wie die „Frankfurter Ober-Bl.“ erfährt, liegt es in der Absicht der Heeresverwaltung, eine Reihe von Landstädten Polens und Westpreußens mit Garnisonen zu besetzen, um die dort besonders schwierige Stellung der deutschen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute dem vordringenden Polentum gegenüber zu stärken. Dieses Garnisonierungsprojekt wird seinen Niederschlag in der nächsten Militärvorlage finden und zwar speciell in der Forderung von Neuformationen für die Kavallerie. —

Baden und Wachen. In Baden bei Wien, so lesen wir in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, wurde der Drehsler Wuhad wegen Betruges zu drei Tagen Arrest verurteilt, weil er in gewinnthätiger Absicht prähistorische „Funde“ erzeugt und damit Gelehrte zu täuschen gesucht hatte. — In Wachen wird eines von den vielen beglaubigten Schweißthürern des Heilands angestellt, worüber sich die Gelehrten nicht täuschen lassen. Dennoch erzieht die Wächener Höhle mit ihrer Ausstellung mehr Gewinn, als Wuhad in seinen künftigen Träumen hätte erhoffen können, und zwar völlig unbekannt. Warum hat sich dieser mißgünstige Wuhad nicht auf die Archäologie lieber auf die Reliquienforschung verlegt? —

Die welthistorische Fahnenregelung. Bei der Fahnenregelung, die am Donnerstag früh im Zeughaufe stattgefunden hat, hielt der Feldpropst Richter die Weisere, durch die die jenseitigen, die diesen militärischen Akt für einen verläßlichen Punkt des höchsten Festprogramms zu halten geneigt waren, eines besseren belehrt wurden. Feldpropst Richter gab dem kriegsrischen Akt folgende theologische Weisung:

König Jesu, stehle, siege,
Das alles alsbald Dir unterliege,
Was lebt und wohnt in dieser Welt! Amen.

Im Licht der des Zeughauses, als des Schatzhauses der großen Vergangenheit des Vaterlandes und der Arme, sollen diese altbewährten Fahnen jetzt neu geweiht werden vor unserm Kaiser und Könige und vor seinem erhabenen Verbündeten. Der hohe Gast hat mit und nächst unserm Kaiserpaar einen Ringel eingeschlagen in eine jede dieser Fahnen, und diese Hammerschläge der Herrscher finden mächtigen Widerhall in den Herzen der Völker diesseits und jenseits der Alpen. Es ist eine große Ehre und Auszeichnung, die diesen Fahnen widerfährt, ja eine große Stunde für Vaterland und Arme. . . . Könige sollen stets auch Propheten sein, Propheten für ihre Völker; denn Gott selbst hat sie auf hohe Warte gestellt. Aber sie sind es nur, wenn sie ihn schauen mit dem Glaubensange, und ihm nachfolgen mit der Lieblichkeit, dem großen barmherzigen Samariter, der Öl und Wein in die Wunden der Menschheit gegossen hat, und der zu jedem spricht, er sei ein König oder ein Geringer: „So gehe hin und thue desgleichen!“ Darum tragen diese Fahnen auch sein Kreuz an der Spitze; sie sind Kriegszeichen, aber auch Friedenszeichen ohne Gleichen; sie zeugen von Weisheit der Väter und sind ein heiliges Gedächtnis für die Enkel, eine Gottesmahnung für die Herrscher und für die Völker. So gehe hin und thue desgleichen. Amen.

So recht klar ist und freilich der innere Zusammenhang zwischen Sozialnagelung, Prophezie des Königtums, Samaritanertum und Christentum nicht geworden. Aber der Herr Feldpropst muß sich auf die heilige Schrift ja besser verlassen. —

Ausland.

Frankreich.

Prozessierung der kirchlichen Aufseher. Der Landwirt Sausset, welcher beschuldigt ist, den Kommissar Lomont anlässlich der Schließung der Ordenschulen schwer verletzt zu haben, wurde vom Untersuchungsrichter verhört. Sausset leugnete entschieden ab, die That begangen zu haben. Der Führer des Widerstands in Bloudan, Croc, welcher den Polizeikommissar mit Urat beworfen haben soll, wurde gleichfalls einem Verhör unterzogen. Gegen beide wird heute Haftbefehl erlassen werden. — Der Bürgermeister von Nuriol ist wegen seiner Haltung anlässlich der Aufhebung der Ordenschulen seines Amtes entsetzt worden. — Der Präfekt des Departements Ardèche hat die Verwirklichung von acht Schulen für den Monat Oktober verfügt, ebenso hat der Präfekt des Departements Sarthe die Schließung von 20 Schulen angeordnet. —

Weitere Opfer des Humbert-Schwindsels. 115 neue Gläubiger der Familie Humbert haben bei der Gerichtsbehörde Forderungen im Gesamtbetrag von 25 Millionen Francs eingeklagt. —

Belgien.

Eine Parteipflichterung.

Schon seit dem Tode Alfred Defuisseaux machte sich in der Vorfrage eine Bewegung bemerkbar, die auf eine Loslösung eines Teiles der Sozialisten von der Partei hinarbeitete; die Bewegung leiteten vor allem der Sohn und der Bruder Leon des verstorbenen Defuisseaux. Jetzt erlassen dieselben einen Aufruf an die „revolutionären Sozialisten der Vorfrage“, in welchem sie sich direkt in Gegensatz zur offiziellen Partei stellen. Sie machen dieser den Vorwurf, daß sie durch ungeschicktes Vorgehen die Massen ermüdet und entmutigt habe. Die Führer leiteten die Partei zu dem kooperativen Handel, die Partei werde ruhiger und abgemäßigter, aber sie nicht revolutionär geblieben, die Partei sei eine parlamentarische geworden und habe die scharfe und revolutionäre Sprache von 1880, 1884 und 1893 aufgegeben. Als Ziele der neuen Seite wird angegeben: die Befreiung des allgemeinen Wahlrechts von allen ihm anhaftenden Hemmnissen, die Beseitigung des Plural-Stimmrechts und des Proportional-Wahlrechts und die Erreichung der „vollen unbegrenzten Volksherrschaft.“ —

England.

Dreißig Millionen für ein Linienschiff! Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus London gemeldet:

Nach Informationen aus den Kreisen der Werft von Devonport wird das daselbst im Bau befindliche englische Schlachtschiff „König Edward VII.“ dreißig Millionen Mark kosten. Es dürfte das das teuerste Schlachtschiff sein, das jemals für die britische Marine erbaut worden ist. Die beiden Schwesterschiffe des „König Edward VII.“, die „Dominion“ und die „Commonwealth“, werden wahrscheinlich ebenso viel kosten. Die „Inflexible“ kostete 22 200 000 M., die „Culivard“ 21 850 100 M. und die „Venerable“ 22 595 120 M. Die „Queen“ wird wahrscheinlich 22 900 000 M. und die „Montague“ 21 637 540 M. kosten. In jedem Jahre steigen sich die Baukosten der Kriegsschiffe, und man schouert bei dem Gedanken an die Aufsummen, die nach zwanzig Jahren in den Schlachtschiffen stecken. Die hydraulischen Einrichtungen für die 12-zölligen und 9 2-zölligen Geschütze „König Edward VII.“ werden ungefähr 2 600 000 M. kosten und das Anbringen dieser auf dem Schiffe weitere 200 000 M. Die Geschütze selbst sind mit 1 600 000 M. veranschlagt.

Im deutschen Flottengeiz sind die Bau- und Ausrüstungskosten eines Linienschiffes mit 20 Millionen berechnet. Bei den letzten Schiffsbauten wurde dieser Rotationsbetrag bereits überschritten. Da Deutschland ja ständig zu riesenhaften Linienschiffstypen greift, wird es hinter den englischen Kolossen schwerlich zurückbleiben wollen. Die Linienschiffe werden uns dann 30 statt 20 Millionen kosten, womit freilich der Schlusssatz der Kostspieligkeit des Wasserbaus noch nicht einmal erreicht sein dürfte. —

Norwegen.

Norwegischer Protest gegen den deutschen Zolltarif. Entwurf. Wie wir seiner Zeit mitteilten, hat der Norwegische Steinhauer-Verband die Regierung aufgefordert, Deutschland gegenüber Einspruch gegen die von der Zolltarif-Kommission vorgeschlagenen Zölle auf Plastersteine zu erheben. Jetzt hat das Departement des Innern geantwortet, daß ein solcher offizieller Einspruch nicht erhoben werden könne, weil keine vertragsmäßigen Verpflichtungen hinsichtlich des Zollwesens zwischen Norwegen und Deutschland beständen. Man hätte es aber inzwischen dem Departement des Aeußern in Stockholm anheimgegeben, die Gesandtschaft in Berlin zu beauftragen, bei Gelegenheit und in der wirksamsten Weise die Vorstellungen in dieser Angelegenheit zu machen, zu denen Veranlassung vorliegt. —

Russland.

Die Rüstungen des Friedenszaren. Gestern brachten wir die Nachricht von der bevorstehenden Reuebewaffnung der russischen Artillerie, heute wird gemeldet, daß die noch englischer Muster gebauten Panzerzüge zu je drei Wagen von Petersburg abgegangen seien, um an den Wandern bei Aurok teilzunehmen. Die Panzerzüge seien in aller Stille im Auftrage des Kriegsministeriums erbaut worden. Für militärische Experimente ist in dem von chronischen Hungersnöten heimgejagten Lande des Friedenszaren immer Geld vorhanden. —

Amerika.

New York, 23. August. Ein Telegramm aus Kap Haitien berichtet, daß die Truppen der provisorischen Regierung die Stadt Lunde eingenommen und sie größtenteils eingeäschert haben. Die Verluste sind auf beiden Seiten bedeutend. Das amerikanische Kriegsschiff „Cincinnati“ ist zum Erfay des Kriegsschiffes „Magias“ daselbst eingetroffen. —

Partei-Nachrichten.

Mit dem Parteitage beschäftigten sich die Genossen in Magdeburg. Sie saßen nach lebhafter Diskussion eine Anzahl Beschlüsse dazu. So unter anderem die folgenden:

„Die Verammlung vernimmt im Bericht der Fraktion ein Eingehen auf die so brennend gewordene Wohnungsfrage, speziell eines Reichs-Wohnungsgesetzes und erwartet in der nächsten Tagung ein energisches Eingreifen.“

„Der Parteitag möge beschließen, daß die Tagesordnung zum Parteitag früher als bisher, und zwar möglichst ein Vierteljahr vor dem Stattfinden des Parteitages seitens des Parteivorstandes bekannt gegeben wird.“

Zu den preussischen Landtagswahlen wurde beschlossen:

„Der Parteitag wird ersucht, in einer geeigneten Weise zu der Art der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen Stellung zu nehmen, eventuell durch Anordnung eines Parteitages für Preußen.“

Ähnliche Beschlüsse sind in verschiedenen Parteiverfassungen in Preußen gefaßt worden. Sie dürften sich dadurch erledigen, daß zur Behandlung der speziellen Fragen der Wahltagung ein preussischer Parteitag arrangiert werden wird.

Die Genossen in Landsbeck, die in einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins über den Parteitag verhandelten und die jetzt alle Partei-Angelegenheiten nur im Verein erledigen wollen, behandelten besonders die Finanzfrage. Als bestes Finanzmittel schlug der Vereinsvorstand eine allgemeine Erhöhung der Beiträge der sozialdemokratischen Vereine vor. Diese Angelegenheit mußte auf dem Parteitag beim Geschäftsbericht gesondert behandelt und es den Vereinen zur moralischen Pflicht gemacht werden, für die Stärkung der Parteikasse Sorge zu tragen. Ein diesbezüglicher Antrag, der dem Parteivorstande zugestellt werden soll, fand einstimmige Annahme. Vorher hatte man bereits beschlossen, die Vereinsbeiträge von 30 auf 40 Pf. pro Monat zu erhöhen.

Der sozialdemokratische Verein in Frankfurt a. M. behandelte hauptsächlich die Centrumfrage.

Es wurde beschlossen, den auf dem Mainzer Parteitag gestellten Götterischen Antrag: „Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu wollen, welche in eingehender Weise das Streben des katholischen Altklerikals zur Erlangung der politischen, sozialökonomischen und allgemein geistigen Weltbeherrschung“ auszuheben zu stellen.

Dasselbe Thema behandelte die Parteiversammlung in Wiesbaden. Nach sehr lebhafter Debatte wurde beschlossen, zu beauftragen:

„Der Parteitag empfiehlt, besonders in allen Wahlkreisen, in denen die Partei gegen das Centrum zu kämpfen hat, die religiöse Aufklärungsarbeit gegenüber der Kirche mit allen Kräften zu betreiben und zu unterstützen.“

Für den Reichstags-Wahlkreis Sternberg tagte eine Kreis-Konferenz am Sonntag in Zielentz, die von 11 Delegierten aus sieben Orten besucht war. Für die Agitationskommission war Genosse Jöhnel anwesend. Die Einnahme des Vertrauensmannes betrug 85,50 M., die Ausgabe 55,78 M. Es wurden nur in Zielentz 3 Versammlungen abgehalten, sonst sieht uns im ganzen Kreise kein Volk zur Verfügung. Der „Wärsche Landbote“ wurde in 5000 Exemplaren verbreitet, auch sonstige Flugblätter wurden verteilt. Es wurde beschlossen, für den ganzen Kreis Parteilegitimationen einzuführen und monatlich 20 Pf. Beitrag zu erheben. Die Reichstags-Kandidatur soll dem Genossen Feinwaldt-Paulow übertragen werden. Zum Delegierten für die Provinzial-Konferenz wurde Genosse Bayer-Sonnenburg gewählt und dem Genossen Hadelbusch-Verein IV das Mandat zum Parteitag übertragen. Als Kreis-Vertrauensmann wurde Genosse Mäncheberg-Drossen wiedergewählt. Von einer Besichtigung der Regierungsbezirks-Konferenz wurde Abstand genommen, sollten jedoch einzelne Orte Delegierte entsenden, so sind dieselben verpflichtet, nur zum Punkt „Presse“ Stellung zu nehmen.

Partei-Presse. Nach dem Bericht des Parteivorstandes sollen demnächst die drei Blätter des „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ in Dortmund, „Werk“ in Essen und „Volkblatt“ in Bochum, die bisher mit gemeinschaftlichem politischen Text erschienen, zu einem gemeinsamen Blatt mit dem Titel „Arbeiterzeitung“ als Centralblatt für das rheinisch-westfälische Industriegebiet verknüpft werden. Jetzt haben die Vertrauensmänner in Bochum, wie das „Volkblatt“ offiziell mitteilt, beschloffen, dieses Blatt vom 1. Oktober an in eigener Druckerei herzustellen. Es seien schon alle Schritte getan, um den Beschluß auszuführen. Ob dieser Schritt Ang und gerechtfertigt ist, möchten wir sehr bezweifeln.

Zu die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ tritt am 1. September Dr. Gustav Morgenstern, um die Leitung des Heftletens zu übernehmen. Bisher war er bekanntlich Heftleten-Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden. Die Redaktion der sozialdemokratischen Familien-Zeitschrift „Die Hütte“ wird Morgenstern von Leipzig aus besorgen. Gedruckt wird „Die Hütte“ nach wie vor in Dresden.

Von der Agitation. Auf einer Agitationstour durch Hessen, Baden, Elß, Saar- und Ruhrgebiet sowie den Rheinlande und Westfalen sprach Genosse A. Hoffmann-Berlin in 45 Versammlungen, unter andern in Rassel, Frankfurt (Main), Offenbach, Worms, Mannheim, Heidelberg, Speyer, Ströburg, Marksch, Colmar, St. Johann-Saarbrücken, Kreuznach, Hildesheim, Wiesbaden, Köln, Bonn, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Dortmund etc. Überall herrschte ein so reges politisches Leben, wie man es sonst erst kurz vor der Reichstagswahl gewöhnt ist, was wohl in erster Linie der überaus regen Vorarbeit der Genossen, ganz besonders aber der ungeheuren Erörterung gegen den Hollwucherer zuzuschreiben ist; denn jedesmal wenn der Redner auf diesen zu sprechen kam, zeigten die sibirischen Zustimmung, wie man allenthalben im Volke über den neuesten Versuch der Volksherrschaft denkt. In Ströburg (Elß) und in Schiltigheim mächten Privatversammlungen stattfinden, weil den „neueingewonnenen Landesbrüdern“ trotz Aufhebung des Diktaturparagrafen heute noch kein freies Vereins- und Versammlungsrecht zur Verfügung steht, sondern noch das alte französische Gesetz in Kraft ist, mit dessen Hilfe auch eine Versammlung in Bischweiler verhindert wurde, in welcher Hoffmann über die wirtschaftliche und politische Lage sprechen sollte. Dagegen konnten mit demselben Thema die ersten politischen Versammlungen in Parlic und Colmar (Oberelß) stattfinden. Im Stammerberg fand seit langer Zeit die erste öffentliche Volksversammlung wieder statt, die trotz der Größe des Lokals so überfüllt war, daß sich der selbige Stimm sicher im Grabe umgedreht hat. Auch im Schwarzen Kreuznach und Vonn war es wieder mal möglich, starkbesuchte Versammlungen mit gutem Erfolge abzuhalten.

In Heidelberg war das größte Lokal „Zum Ritter“ überfüllt; unter den Erschienenen waren eine große Anzahl Studenten und einige Professoren, kein Gegner aber nahm in der impofant verlaufenen Versammlung das Wort. Ganz besonders interessant gestaltete sich die Versammlung in Hilden bei Düsseldorf, in welcher ein Vertreter des sächsischen Centralvereins das Wort zur Diskussion nahm, um zu erklären:

„daß er allerdings nicht umhin könne, dem Centrum aus seiner Haltung in der Zollfrage einen schweren Vorwurf zu machen, einen Vorwurf, in welchem die katholischen Arbeiter mit wenig Ausnahme sich einig wären. Er müsse auch den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstags öffentlich Anerkennung zollen, als den einzigen, die wirklich ehrlich und rücksichtslos die Zollvorlage bekämpft hätten. Trotzdem könne man wegen der Stellung der Sozialdemokratie zur Religion nicht für diese stimmen, hoffe aber, christliche Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl zu finden, die dem Volkswagen gegenüber unbedingt zuverlässig wären.“

Genosse Hoffmann wies darauf hin, wie ganz unzuverlässig die scheinbar vor der Wahl radikalsten Centrums-kandidaten wären. Das hätte am deutlichsten der Fall F. S. angel gezeigt, der im Reichstags-tage sehr bald ein stiller, ja man kann sagen ein toter Mann geworden ist. Redner ging dann auf unsere Stellung zur Religion ein und zeigte an der Hand von Beispielen, wie es gerade das Centrum ist, welches der Religion die schlechtesten Dienste leistet und dieselbe untergrabe, um zu herrschen und die Hürde der Kirche zu beseitigen, die Volkrechte tugendweise preisgibt. Der sibirische Volk zeigte, daß die Worte des Referenten gefaßt hatten. Kein Centrumsredner nahm mehr das Wort, um dasselbe gegen die wichtigen Forderungen zu verteidigen. Auch im Kruppischen Königreich verliefen beide Versammlungen glänzend für unsere Sache, so daß wir auch hier der kommenden Reichstagswahl mit den schönsten Hoffnungen entgegensehen können. Es regt sich dank der nimmermatten Volkshungerer überall, mögen die Genossen allenthalben dafür sorgen, daß der Unwille des Volkes zu hellen Flammen der Begeisterung für die Ziele der Sozialdemokratie emporstrahlt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vereinsvorsteher sind wegen Nichterreichung eines nicht-vorhandenen Statuts strafbar!

Der Ferienstrassenrat des Kammergerichts hat einen Grundsat aufgestellt, mit dem er selbst noch hinter dem rückständigen Ober-Verwaltungsgericht zurückbleibt. Drei Maurer aus Grünberg (Pofen) waren als Vorsteher der dortigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer auf Grund der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes bestraft worden, weil sie einem Verlangen der Polizei, die im Auftrage des Landrats zu Somter handelte, nicht gefolgt waren und die Einreichung eines Specialstatuts der Zahlstelle wegen Fehlens eines solchen verweigert hatten. Sie überfanden damals der Polizei nochmals das Statut und Streifreglement des Centralverbandes der Maurer, das sie gleich nach der Gründung der Zahlstelle bereits eingereicht hatten. Einer abermaligen polizeilichen Aufforderung, Specialstatuten der Zahlstelle einzureichen, konnte natürlich mangels solcher Statuten ebenfalls nicht entsprochen werden. Die drei Vorstandsmitglieder wurden von neuem bestraft, erzielten aber diesmal beim Landgericht Pofen als der Berufungsinstanz ihre Freisprechung. — Das Landgericht ging erstens davon aus, daß es sich hier im Grunde um ein einziges Delikt handelte, wegen dessen die Angeklagten schon einmal rechtskräftig bestraft seien und nicht ein zweites Mal bestraft werden könnten. Es führte dann weiter aus: Selbst wenn aber der Grundsat no bis in idem hier nicht anwendbar wäre, so müßten die Angeklagten doch freigesprochen werden, weil es ihnen unmöglich gewesen sei, Statuten einzureichen, die nicht existierten. Die Einreichungspflicht erschöpfe sich mit der Einreichung der vorhandenen Statuten. Sei die Erfüllung unmöglich, so sei die Unterlassung nicht strafbar, es wäre denn, daß die Täter die Unmöglichkeit selber verschuldet hätten, was hier nicht der Fall wäre. Vereinsstatuten seien der Ausdruck des Willens der Gesamtheit der Vereinsmitglieder, und diese seien sämtlich mit freier Willensbestimmung gebast; die Mitgliederversammlung könne gegen etwaige Vträge der Vorsteher beschließen, keine schriftlichen Statuten zu normieren.

Der Ferienstrassenrat des Kammergerichts, vor dem Rechtsanwalt Wolfgang Heine die Angeklagten vertrat, gab der gegen das landgerichtliche Urteil eingelegten Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu anderweiter Verhandlung an das Landgericht zurück. Der Senat erachtete den Grundsat no bis in idem nicht für anwendbar und führte weiter aus: Im Gegensatz zum Landgericht sei anzunehmen, daß ein Vereinsvorstand strafbar sei, wenn er die Einreichung eines nicht existierenden Statuts ohne weiteres ablehne, vorausgesetzt, daß die Verpflichtung zur Einreichung eines Statuts bestand. An sich sei hier letzteres der Fall, da die Zahlstelle auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Die Vorsteher solcher Vereine sollten durch § 2 des Vereinsgesetzes angehalten werden, auf die Errichtung von Statuten hinzuwirken. Sie machten sich strafbar, wenn sie nicht für Statuten sorgten. Im Notfall könnten sie ja ihr Amt niederlegen.

Die Sache sei an das Landgericht zurückzuverweisen, damit dieses der Frage näbertrete, ob nicht das rechtzeitig eingereichte Verbandsstatut zugleich als Statut der Zahlstelle anzusehen sei, wie der Verteidiger geltend gemacht hatte.

Wir erinnern daran, daß das Ober-Verwaltungsgericht im Fall Dimmid (Brandenburgische Agitationskommission) ausgesprochen hat, daß die Polizei nicht die Einreichung eines nicht vorhandenen Statuts, d. h. nichts Unmögliches verlangen könne.

Von der preussischen Polizeiwirtschaft. In Magdeburg war es der Polizei gelungen, im März d. J. eine Generalversammlung der dortigen Allgemeinen Orts-Krankenkasse allem Recht zuwider überwachen zu lassen. Die dagegen eingelegte Beschwerde wurde sogar vom Regierungspräsidenten zurückgewiesen und es bedurfte erst einer Beschwerde an den Oberpräsidenten und einer Zeit von mehr als 4 Monaten, um der Kasse ihr klares Recht zu verschaffen und die Polizei in ihre Schranken zurückzuführen.

Der gefährliche Regenschirm. In Baunach verlangte ein Gendarm in einer Versammlung die Entfernung eines Regenschirms, der freilich an einem Nagel hing, da ein Sätm eine Waffe im Sinne des Gesetzes sei. Man that dem Rathe des Gendarmen; im übrigen aber läßt man.

Ein Dokument der Schande: so lautete die Überschrift eines Artikels im „Volkswille“, unsern hannoverschen Parteiblatt, der die Staatsanwaltschaft so in Aufregung versetzte, daß sie ihn konfiszierte. Es wurden in der Expedition des Blattes noch etwa 50 Exemplare der Nummer beschlagnahmt.

Aus Industrie und Handel.

Generalversammlung der Deutschen Genossenschaftsbank. Die heutige Generalversammlung war ziemlich zahlreich besucht, wohl gegen 200 Personen waren anwesend, darunter eine Reihe bekannter Politiker der freisinnigen Partei; doch vertraten die Anwesenden nur einen kleinen Teil der Aktionäre. Selbst die Gesamtanmeldung erreicht nur, wie der Vorsitzende, der frühere Reichstags-Abgeordnete Hugo Hermes, mitteilte, 10 816 000 M., während zur Abänderung der Statuten mindestens die Anwesenheit der Vertreter von einem Drittel des Aktienkapitals, also 12 Millionen Mark, erforderlich ist. Es soll deshalb die Beschlußfassung über die von der Verwaltung gestellten Vträge auf Herabsetzung des Aktienkapitals und Aenderung der Statuten einer in 4 Wochen einzuberufenden zweiten Generalversammlung vorbehalten bleiben.

Vor Eintritt in die Debatte bringt der Vorsitzende eine längere Erklärung der Verwaltung zur Verlesung, in der er u. a. heißt: Wir haben uns zu unserm Bedauern genötigt gesehen, unsere Aktionäre zusammenzurufen, um ihnen Kenntnis von außerordentlichen Verlusten zu geben, welche uns betroffen haben. Nachdem wir über diese Verluste zur Klarheit gekommen waren, hielten wir es für das Richtige, diese sofort offenzulegen und nicht erst die Jahresbilanz abzuwarten.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß die Mitglieder der Verwaltung die Schuld von sich abzuwälzen und ausschließlich dem einen ausgeschiedenen persönlich haftenden Gesellschafter aufzubürden versuchten. Das ist nicht richtig. Es ist im Geschäftsbericht bereits festgestellt, daß der Aufsichtsrat und die übrigen persönlich haftenden Gesellschafter sich insofern einen Vorwurf zu machen haben, als sie bei der Behandlung dieser Geschäfte Herrn Siebert ein zu großes Vertrauen entgegenbrachten;

es ist aber irrtümlich, anzunehmen, es habe der Aufsichtsrat sich um die hier in Frage kommenden Geschäfte überhaupt nicht gekümmert. Um Sie über die Tätigkeit des Aufsichtsrats zu orientieren, sei hier bemerkt, daß derselbe aus seiner Mitte eine Finanzkommission gebildet hatte, welche in der Regel monatlich zusammentrat. In diesen Sitzungen sind sowohl die Debitoren und deren Bedeckung wie die Verfügungen und Effektenbestände der Bank einer regelmäßigen Besprechung unterzogen worden. Hierbei wurden selbstverständlich auch die Conten erörtert, auf denen jetzt die Verluste erwachsen sind. Sie haben Anlaß zu häufigen Auseinandersetzungen gegeben, weil die Verwaltung keineswegs auf allen Seiten die gleiche war. Daß bei diesen Meinungsverschiedenheiten schließlich immer wieder die Anschauung des Herrn Siebert oblagte, ist in der Natur der Sache begründet.

Nach längeren Ausführungen über die Conten „Watt“, „Kuffhäuser“ und „Schubardt“, die nur wenig Neues bieten, sowie über den Charakter der Bank als Kommandit-Gesellschaft, heißt es weiter: Nach den jetzigen Erfahrungen sehen wir ein, daß eine Umänderung in der Organisation ein unbedingtes Erfordernis ist. Die persönlich haftenden Gesellschafter haben sich daher entschlossen, einer Umwandlung der Bank in eine Aktiengesellschaft im Prinzip zuzustimmen. Diese Umwandlung wird dem Aufsichtsrat einen Einfluß auf die Geschäfte und eine Nachvollkommenheit gewähren, die er bisher nicht besaß.

Bei dieser Verschlebung in der Bedeutung des Aufsichtsrats wird es erforderlich sein, denselben bei der Umwandlung zu verstärken und durch neue entsprechende Kräfte zu ergänzen.

Endlich wollen wir konstatieren, daß, abgesehen von den jetzt zur Abschreibung gelangenden Conten, unser Geschäft durchaus intakt ist und auf solider Grundlage beruht. Alle Posten, mit denen irgend welches Risiko verbunden ist, haben wir in der detaillierten Aufstellung über unsere Effektenbestände und Verfügungen mit der größten Offenheit vorgelegt. Wir haben nichts verheimlicht und haben auch nichts zu verheimlichen.

An die Verlesung knüpft sich eine längere Erklärung des Herrn Weill als Antwort gegen die in der Presse betreffs der Bilanz erhobenen Bedenken:

Unser Wechselbestand bei Veröffentlichung des Geschäftsberichts von 27 Millionen Mark enthielt 14-15 Millionen Mark Prima-Diskonten, der Rest bestand aus Diskontwechsell unter Kundschaft, und zwar zum erheblichen Teil von Genossenschaften. Unsere Giroverbindlichkeiten bestehen zum größten Teil aus Prima-Diskonten, die wir im Auftrage unserer Kundschaft an der Börse kaufen. Unter unseren Debitoren sind verstreute Lombard-Conten eigener Effekten nicht enthalten; wir besitzen keine Effektenbestände, welche wir nicht im Geschäftsbericht aufgeführt haben. Unsere Debitoren sind zum weitaus größten Teile gedeckt. Die Deckung besteht durchgängig in lösbaren kurzfristigen Wertpapieren, zu einem geringen Teile auch in Hypotheken. Das Konto für Verbindlichkeiten enthält umgebende Debitoren nur in ganz unbedeutenden Beträgen. Als Bedeckung für gewährte Kredite auf Conto für Private in Höhe von 1.200.000 M. sind an der Börse notierte Aktien und nachstehender Gesellschaften im Auswert von 1.500.000 Mark hinterlegt.

Sobald ergreift zunächst Herr Lüders das Wort, der den Aufsichtsrat heftig angreift und die Frage der Regreßfähigkeit der Aufsichtsratsmitglieder anregt. Wesentlich äußert sich Herr Kastmann, der speziell Herrn Siebert haftbar gemacht zu sehen wünscht. Nach verschiedenen Anfragen des Direktors der Darmstädter Bank, die von Herrn Weill beantwortet werden, folgt dann Dr. Crüger. Er verteidigt seine bekannte Annonce, in der er sich als Vertreter der Aktionäre anbietet. Was die Einsetzung einer Revisionskommission betreffe, so läge dies in seinem Interesse und namentlich in dem derjenigen Aufsichtsratsmitglieder, welche in den Aufsichtsrat eingetreten sind, als die Verluste bringenden Geschäfte bereits eingeleitet waren. Aber die Einsetzung der Kommission würde zur Gefährdung des Kredits der Bank führen. Gegen den Aufsichtsrat dürfte der Vorwurf übergrößer Vertrauensseligkeit nicht erhoben werden. Es habe nicht sorgfältiger gearbeitet werden können, als es von selten des Aufsichtsrats geschehen sei. (Gelächter.) Allerdings habe keine genügende Nachprüfung der erstatteten Berichte des persönlich haftenden Gesellschafters Siebert stattgefunden. Auch sei zuzugeden, daß die Geschäfte nicht im Rahmen der Bank gelegen hätten. Aber die alten Geschäfte mußten abgewickelt werden. An neuen industriellen Unternehmungen werde die Bank sich nicht mehr beteiligen.

Staatsminister a. D. v. Strenge (Gotha) meint, es sei sehr zweifelhaft, ob eine große Fahrlässigkeit vorliege, und ob man daher eine Regreßlage mit Erfolg werde anstrengen können. Aber die Vorgänge bei der Kuffhäuser-Gesellschaft, wo ohne Gewerkschaftszubußen geleistet wurden, seien doch sehr bedenklich.

Stadtrat a. D. Kaempff-Vorlin findet, die Mitglieder der Verwaltung treffe kein Vorwurf, denn vor zwei Jahren sei noch kaum jemand in Deutschland gewesen, der an der Zukunft elektrischer Unternehmungen zweifelte. Damit, daß bedauerlicherweise drei Millionen verloren gingen, ist der Kredit der Bank nicht erschüttert, aber die gestellten Anträge würden die Folge haben, ihn zu erschüttern.

Alberti-Wiesbaden spricht im selben Sinne wie Kämpff, dagegen richtet Direktor König heftige Angriffe gegen Dr. Crüger und ist für Einsetzung einer Kommission. Direktor Thorwaldt teilt mit, daß Aufsichtsrat und persönlich haftende Gesellschafter sich schließend gemacht haben betreffend Vernehmung des Aufsichtsrats um zwei Mitglieder. Herr Bergmann und Herr Alberti-Wiesbaden erklären sich im Interesse des Kredits der Bank gegen die Revisionskommission, ebenso Dr. Schneider.

Nachdem noch verschiedene Redner gegen die Einsetzung einer Revisionskommission und die Erhebung einer Regreßlage gesprochen haben, wird, da die Verwaltung auf Abstimmung und Entlastung wegen der Beschlusnahmefähigkeit der Versammlung verzichtet, die Debatte eingestellt. Daraus werden in vorläufiger Absicht in die Anträge auf Statutenänderung mit großer Mehrheit genehmigt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Streik der Bauklemperer

Ist, wie bereits mitgeteilt wurde, am Mittwoch beschlossen. Gegen die hauptsächlichsten Forderungen der Gesellen: Bewilligung eines Mindeststundenlohnes von 55 Pf. und Befreiung der Accordarbeit sträubten sich die Zunftmeister mit besonderer Festigkeit. Die Festsetzung des Lohnes wollen sie in jedem Fall der freien Vereinbarung überlassen. Das ist ja vom Standpunkt des Arbeitgebers verständlich, denn er ist in der That frei bei solcher Vereinbarung, während die „Freiheit“ des Arbeiters nur in der Theorie, aber nicht in Wirklichkeit besteht. Von der Befreiung der Accordarbeit wollen die Meister schon gar nichts wissen. Weil es für sie sehr vorteilhaft und sehr bequem ist, die Arbeiter in Accord zu vergeben, deshalb meinen die Schlaumeier, es sei nicht möglich, die Accordarbeit abzuschaffen, denn es gäbe Arbeiter, die gar nicht anders als in Accord ausgeführt werden können. Ob denn die Fähigkeit des Gesellen, gewisse Arbeiten anzufertigen, plötzlich schwindet, wenn er diese Arbeit nicht mehr im Accord, sondern im Lohn ausführen soll, das haben die klugen Meister, die solche Weisheiten in der Zunftversammlung mit ersten Plänen vortragen, nicht verstanden. Denn die Klemperermeister die Accordarbeit so inbrünstig verehren, so hat das seinen guten Grund. Sie wollen, daß die Gesellen sich selbst antreiben, zum größeren Nutzen des Meisters natürlich.

„Wenn wir müssen“, sagte ein Zunftmeister in der Versammlung, „dann können wir den Lohn wohl erhöhen, aber wir wären schlechte Geschäftleute, wenn wir es freiwillig täten.“ — Damit ist also zugestanden, daß die Klemperermeister nicht mehr fordern, als die Meister ohne Schaden bewilligen können. Die üblichen Nebenarten

von „frivolon Forderungen der Gesellen“, die auch in dieser Versammlung laut wurden, sind demnach nichts als frivole Entstellungen der tatsächlichen Verhältnisse.

Wo es gilt, den Widerstand gegen Arbeiterforderungen zu stärken, da muß natürlich auch der Bund der Baugeschäfte Berlin auf dem Plan erscheinen. Diese Unternehmer-Vereinigung hat denn auch den Akkordmeistern volle Solidarität zugesichert und ihnen ihre Unterstützung zugesagt. Die Akkord-Zunftung hat beschloffen, jeden Zunftmeister in Strafe zu nehmen, der einen Streikenden in Arbeit nimmt.

Soviel über die Situation des Lohnkampfes. Daß die Forderungen der Gesellen bewilligt werden können, haben die Meister also zugestanden. Daß sie bewilligt werden müssen, dafür werden die Arbeiter sorgen.

Aussperrung in der Motorwagenfabrik in Tempelhof. In der genannten Fabrik beträgt die in der Arbeitsordnung festgesetzte Arbeitszeit 9 Stunden. Schon seit längerer Zeit wurden täglich 10 Stunden und mehr gearbeitet. Als aber diese Arbeitszeit neuerdings noch verlängert werden sollte, da weigerten sich die Arbeiter, ferner Überstunden zu machen. Verhandlungen, die seitens der Vertreter der Arbeiter mit der Direktion gepflogen wurden, hatten keinen Erfolg. Die Direktion war so naiv, zu erklären, sie werde die kürzere Arbeitszeit bewilligen, aber nicht den gegenwärtig im Betriebe beschäftigten Arbeitern, sondern den an Stelle derselben neu einzustellenden Kräften, deren Lieferung die Direktion von Arbeitsnachweis des Metallarbeiter-Verbandes erwartete. Selbstverständlich wurde ein so sonderbares Aufstehen einmütig abgelehnt. Die Antwort der Direktion war die am Donnerstag erfolgte Aussperrung von sämtlichen — etwa 100 — Arbeitern. Die Aussperrten gehören dem Metallarbeiter-Verband, der Metallarbeiter-Gewerkschaft, dem Schmiede-Verband, dem Holzarbeiter-Verband und dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein an.

Zugang nach der genannten Fabrik ist streng fernzuhalten.

Kleine Mitteilungen. Bei der Firma Gohu, Breitmänn, mechanische Werkstatt, Holzmarktstraße, sind wegen Lohn-differenzen sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten. Bei der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, Schlegelstraße, drohen wegen systematischer Lohnabhänge erste Differenzen auszubrechen. Vorläufig sind Verhandlungen ausgedehnt.

Die Berliner Zahlstelle des Zimmerer-Verbandes wählte das Mitglied Gahmann in den Verbands-ausschuss und bewilligte 1000 M. zur Vergrößerung der Bibliothek.

Deutsches Reich.

Der Straßenbahner-Ausstand in Aachen dauert nun schon zwölf Tage. Seit unseren letzten Mitteilungen haben auf dem Rathaus in Aachen schon wieder zwei Einigungs-Verhandlungen stattgefunden, ohne daß Aussicht auf Beilegung des Streiks vorhanden wäre. Die Direktion der Aachener Kleinbahn-Gesellschaft will eine große Zahl der Ausständigen nicht anstellen; die letzteren bestehen aber darauf, daß alle Straßenbahner wieder eingestellt werden, die nicht das Gegenteil selbst wünschen. Durch die Arbeitswilligen, die die Direktion eingestellt hat, sind schon wiederholt Karabologien oder andere Unfälle herbeigeführt worden. Ein Fahrer, der früher wegen Trunkenheit entlassen worden war, jetzt aber als Arbeitswilliger wieder beschäftigt wurde, verursachte durch zu schnelles Fahren einen Unfall, wobei ein elfjähriges Mädchen erheblich verletzt wurde. Ein Schaffner, der in zwei Tagen zum Führer „ausgebildet“ wurde, verursachte einen schweren Zusammenstoß mit einem Viertwagen. Früher mußten die Führer vierzehn Tage zur Probe fahren, jetzt nur zwei Tage. Die Direktion sandte an siebzehn der Ausständigen ein Schreiben, worin diese zum Dienstantritt aufgefordert wurden. Die Leute blieben aber sämtlich mit den übrigen solidarisch.

Die Aussperrung der Hamburger Klempner ist noch nicht beendet. Nachdem die Arbeiterorganisation die Sperre über die Firma Oldenburg u. Hengiler aufgehoben hat, hat die Zunftung auch die Aussperrung aufzuheben beschloffen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Gesellen den Zugang nach Hamburg freigeben. Auch daß die Zunftung an der Einstellung durch ihren Arbeitsnachweis und einer „freien Vereinbarung“, das heißt eine geringere als die übliche Lohnzahlung, in gewissen Fällen fest. In diesen Beschlüssen der Zunftung dürfte die endgültige Beilegung der Differenzen vielleicht noch scheitern. Die Aussperrten werden erst in den nächsten Tagen hierzu Stellung nehmen. Vorläufig haben die organisierten Klempner also Hamburg noch zu meiden.

Der Streik der Drebedner Feingoldschläger dauert bereits länger als sechs Wochen, und sein Ende ist noch nicht abzusehen. Dieser Tage erst haben die Streikenden wieder beschloffen, so lange im Kampf auszuharren, bis der Tarif unterschrieben ist. Die Goldschläger sind im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert und werden von diesem unterstützt, außerdem haben die süddeutschen Schläger Extra-Unterstützungen zugesagt. Nur ein einziger Arbeitswilliger aus Nürnberg hat sich gefunden. Der Streik kennzeichnet sich als eine Nachprobe der Arbeitgeber, die einseitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen wollen.

Schuhmacher-Ausstand in Offenbach. In der Schuhfabrik Gassia (Inhaber Liebmann) in Offenbach a. M. ist es zu Differenzen zwischen den Goodyear-Überholern und dem Fabrikanten gekommen infolge geplanter Lohnreduktionen, die man als Lohnregulierung hinzustellen beliebt. Da trotz des größten Entgegenkommens der Arbeiter der Fabrikant unmaäßig blieb, kam es zur Kündigung der Arbeiter, die vom übrigen Personal für vollständig gerechtfertigt angesehen wurde.

Der Maurerstreik in Varmen hat die dortigen Bauunternehmer zu Maßnahmen der hinlänglich bekannten Art veranlaßt. Sie haben eine schwarze Liste verfaßt, auf der 380 Varmer Maurer verzeichnet stehen, die, wenn es nach dem Wunsch der Unternehmer geht, ausgehungert werden sollen. Aus Anlaß des Streiks haben sich die Bauunternehmer von Varmen, Elberfeld und Bohnwien zu einem „Schutzverband der Vergütigen Bauunternehmer“ zusammengesetzt. Die Suche nach Streikbrechern hatte bisher wenig Erfolg.

Die Maurer in Wiesfeld haben über die Bauten des dortigen Maurermeisters Klarhorst die Sperre verhängt. Die Ursache dazu gaben Differenzen, aus deren Anlaß gegen 100 Maurer die Arbeit niederlegten.

Aus der Bewegung der Gemeinde-Arbeiter. Die Leipziger Schenkensammer wurden bei ihrer vorgelegten Behörde wegen der Reducierung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden vorbestellt. — Die städtischen Arbeiter Stuttgarts sind bei dem Gemeinderat um die Befreiung des 18 stündigen Schichtwechsels und die Einführung einer allwöchentlich sich wiederholenden ununterbrochenen Ruhezeit von 24 Stunden vorbestellt geworden. Außerdem wünschen sie eine Erhöhung der Löhne für die Kohlenführer, Tagelöhner und Handwerker. — Die P a i n z e r städtischen Arbeiter haben der Bürgermeisterei eine Petition unterbreitet, in der Lohnreduktionen für die Arbeiter der einzelnen städtischen Betriebe gefordert werden. Außerdem wünschen sie die Einführung eines Sommerurlaubs: ferner die Bezahlung der Feiertage für diejenigen Arbeiter, welche im Stundenlohn beschäftigt werden. Dann ersuchen sie die Bürgermeisterei noch in der fraglichen Petition, eine Untersuchung über die Arbeits- und Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter durch das statistische Amt vornehmen zu lassen. — In F ü r t h und A r n b e r g sind städtische Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit unter Vorbehaltung von anderen Gründen entlassen worden. In F ü r t h gelang es der Organisation, die Ent-

lassung rückgängig zu machen, in Nürnberg verließen dagegen die bezüglichen Bemühungen des Gemeindearbeiter-Verbandes resultatlos. — Das F ü r t h e r Gaswerk hat für die Retorten- und Feuerhaus-Arbeiter den Akkordentwurf probeweise eingeführt. — Die wiederholten Eingaben der Chemnitzer städtischen Gasarbeiter haben nun endlich einen Erfolg gezeitigt, indem ihnen Lohnreduktionen von 20-55 Pfennig pro Tag gemacht wurden. Außerdem ist die Arbeitszeit der Handwerker von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt worden. Dann hat man noch den Arbeitern des Feuerhauses täglich 2 Liter Kaffee auf Kosten der Verwaltung zugesprochen. — Die Berliner Gaswerksverwaltung hat ihren Arbeitern nach zehnjähriger Dienstzeit einen Sommerurlaub von einer Woche bewilligt. — In Wiesbaden und Darmstadt schlossen sich die städtischen Arbeiter dem Gemeinde-Arbeiterverbande an. Der Verband der städtischen Arbeiter Württembergs beabsichtigt zum Deutschen Gemeindearbeiter-Verband, mit dem er bisher im Kartellverhältnis stand, am 1. Januar 1903 überzutreten. Der Gemeindearbeiter-Verband errichtet an diesem Tage in Stuttgart ein eigenes Secretariat für Süddeutschland und stellt zum Leiter denselben den bisherigen Vorsitzenden des Württemberger Verbandes an. Diese Vereinbarungen, welche zwischen den beiderseitigen Verbandsleitungen getroffen wurden, bedürfen noch der Sanction durch die Generalversammlung des Württemberger Verbandes. —

Ausland.
Lohnbewegung der norwegischen Buchdrucker. Die typographische Vereinigung in Kristiania, die ca. 700 Mitglieder zählt, hat beschloffen, den in Kristiania seit 1898 geltenden Tarif zu kündigen. Man beabsichtigt, einen für ganz Norwegen geltenden Lohn tarif mit Lokalaufschlägen für die einzelnen Orte einzuführen. Den weiblichen Arbeitern soll für die gleiche Arbeit auch ein gleich hoher Lohn wie den männlichen gezahlt werden. Nach dem Tarif von 1898 ist der Minimallohn für Seherinnen um 7-8 Kronen niedriger als für Seher. Eine große Anzahl der Seherinnen gehören der Gehilfenorganisation an. Ferner soll eine Lehrlingskala durchgeführt werden.

Gewerkschaftliches.

Ein Nachspiel zur Maitfeier. Vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts stand am Mittwoch eine Verhandlung gegen den Schuhmacher Heinrich Rauff an, der nach Aussage des Angeklagten folgender Vorfall zu Grunde liegt: Am 1. Mai hielten die organisierten Schuhmacher ihre von circa 2000 Personen besuchte Maitfeier-Veranstaltung bei Lippis ab. Nach Schluß der Versammlung beabsichtigten sie, einen gemeinsamen Ausflug nach Johannisthal zu machen. Um nun nicht etwa der Polizei Anlaß zu irgendwelchem Einschreiten zu geben, gingen sie in zwanglosen Gruppen, so wie sie gerade aus der Versammlung kamen, auf dem Promenadenwege der Friedensstraße dem Landsberger Plage zu. Hier saßen sie plötzlich, wie aus der Erde erwachsen, eine Sektion Schupleute unter Führung eines Polizei-Offiziers stehen. Mit einem Male ertönte das Kommando: „Schwärmern!“ Die Schupleute bildeten sogleich eine Kette und sperrten die Promenade ab. Dann riefen sie den Schuhmachern zu, sofort aneinander zu gehen. Ehe diese der Aufforderung aber überhaupt nachkommen konnten, stürzten sich schon die Polizisten auf sie, teilten unter allerhand Redensarten Pöffe unter ihnen aus und stießen einzelne von ihnen sogar gewaltsam über das Promenadengeländer auf den Fahrbaum. Unter der Menge besand sich auch der Angeklagte. Als er das rücksichtslose, provokatorische Vorgehen der Polizeitruppe sah, verzweifelte er den Promenadenweg und war schon auf dem Fahrbaum, um das Trottoir zu gewinnen, als er von dem Schupmann Schmidt barisch angefahren wurde, sich zu beugen. Hierbei soll er zu dem Schupmann gesagt haben: „Ich gehe wo ich will“, während er in Wirklichkeit gesagt haben will: „Ich gehe ja schon alleine, was soll ich noch mehr.“ Der Schupmann sagte seine Meinung als eine „Ungehörlichkeit“ auf und bradete ihn zur Wache. Die Folge war ein Strafmandat von 30 M., wegen Uebertretung und groben Unfugs, wogegen er unter Beistand des Rechtsanwalts Wolfgang Heine Verweisung eingeleitet hatte. Außer diesem einen Strafmandat hat sich der Polizeileute Anlaß geboten, gegen irgend einen anderen Teilnehmer an dem geplanten Ausflug eine Strafe zu verhängen oder gar ein strafrechtliches Verfahren einzuleiten; in Anbetracht des überaus schroffen Vorgehens der Polizei gewiß der beste Beweis dafür, daß es die Schuhmacher am 1. Mai nicht etwa auf den „Umsturz des Staates“, auf eine „Revolution“ abgesehen hatten.

Interessant ist die Zeugnisaussage des Schupmanns Schmidt. In militärischem Tone behauptet er: Am 1. Mai sei eine Depeche auf der Wache eingegangen des Inhalts, daß die Schuhmacher sofort nach Beendigung der Versammlung einen Kusmarsch nach Johannisthal unternehmen wollten. Der Reviervorsteher, Polizeileutnant Schirmer habe darauf sämtliche Schupleute des Reviers zusammengezogen und nach dem Landsberger Platz geführt mit dem strikten Befehl, unter allen Umständen den öffentlichen Aufzug der Schuhmacher zu zerstreuen. Diefem Befehl hätten die Schupleute natürlich pünktlich Folge geleistet. Rechtsanwalt Wolfgang Heine stellt durch Fragen an den Zeugen fest, daß die Teilnehmer des „Aufzuges“ von der Polizei gerade von dem für Passanten erlaubten Promenadenwege auf den unerlaubten Fahrbaum und in den Friedrißshain getrieben seien, auch habe der Zeuge den Angeklagten hifert, als dieser der polizeilichen Aufforderung, auseinanderzugehen, bereits nachgegeben und sich von der übrigen Menge schon abgesondert hatte. Bei dieser Sachlage wünschte der Vorsitzende die Vertagung des Termins, um vor allem die Polizeileutnants Schirmer und Barisch als Zeugen zu laden; ebenfalls wurde es der Verteidigung anheimgegeben, noch neue Entlastungszeugen anzugeben. Der Staatsanwalt stellte hierauf formell den Vertagungsantrag, führte dabei jedoch aus, für ihn stehe es fest, daß der Angeklagte sich an einem unerlaubten öffentlichen Aufzuge beteiligt und sich des groben Unfugs schuldig gemacht habe. Diese Vertagungen gaben dem Verteidiger Anlaß, mit einigen Worten auf die Definition eines öffentlichen Aufzuges einzugehen. Er setzte dem Staatsanwalt auseinander, daß nach dessen Logik es unbedingt schon als öffentlicher Aufzug anzusehen wäre, wenn des Morgens einige Hundert Menschen nach den Markthallen gingen oder das Publikum des Abends in Masse ein Theater verließ. Im Gegenteil seien die Merkmale eines öffentlichen Aufzuges juristisch nur dann gegeben, wenn sich eine größere Zahl von Personen in geschlossenem Zuge, mit der Absicht, zu demonstrieren, auf offener Straße fortbewegen. Nach diesen Ausführungen sprach der Vorsitzende die Vertagung an.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 28. August. Strenge militärische und polizeiliche Absperrenmaßnahmen werden für den 31. August und Anlaß der Anwesenheit des Königs Victor Emanuel von Italien hier für nötig gehalten. 1500 Mann Infanterie und 300 Schupleute werden die Absperzung vom Hauptbahnhof bis zum Hotel Imperial, wo der König absteigt, auf einer verhältnismäßig kurzen Strecke durchzuführen.

Acherleben, 29. August. (W. S.) Heute nacht stürzte in einem Hause der Straße Ledstaben der Schornstein ein und durchschlag die Decke. Der Arbeiter Finf wurde unter den Trümmern begraben und wurde zwar äußerlich unverletzt aber tot aufgefunden. Er dürfte erstickt sein.

Mannheim, 28. August. (W. S.) In der vergangenen Nacht wurde der ca. 40 Jahre alte Fabrikarbeiter Wollenschläger aus Heidelberg verhaftet unter dem Verdachte, von der Redarbrücke einen bis jetzt unbekanntem Mann über das Geländer in den Neckar geworfen zu haben, sodas der Mann ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Wollenschläger behauptet, der Mann sei selbst in den Neckar gesprungen.

Marzelle, 28. August. (W. S.) Ein junger Mann, welcher mit einem Kameraden ein Seebad nahm, wurde plötzlich von einem Haiisch angegriffen. Herzgerufene Schiffer konnten dem Anglistischen keine Rettung bringen.

Litterarische Rundschau.

Prof. Wilhelm Förster. „Lebensfragen und Lebensbilder.“ Social-ethische Betrachtungen. Berlin 1902. John Edelhelm.

Aus diesen gesammelten Aufsätzen und Vorträgen spricht und die Stimme eines überaus feinen und klugen Menschen an. Förster redet von der Verkümpfung der Arbeitszeit und von der Frauenfrage, von Demokratie und Militarismus, Ethik und Politik, von Napoleon, Bismarck und vielen andern Dingen, und immer wieder muß man über die leidenschaftliche Milde erstaunen, mit der er an die Verurteilung aller Parteien herantritt. Für ihn ist nichts so gut, daß es nicht auch eine schlechte, und nichts so schlecht, daß es nicht auch eine gute Seite hätte. Man kann an diesem Buche deutlich studieren, wie da wahrhaftig jeder Gegenstand in seinem Gegenstande aufgehoben und aufgehoben ist, d. h. in diesem Maße, wie knapp die Förscherische Ethik mit ihrem Gerechtigkeitskanonismus daran ist, in einem ethischen Kanonismus zu überfließen, der schließlich alles versteht und alles verzeiht und nicht richtet, um nicht gerichtet zu werden.

Nicht etwa, daß es Herrn Prof. Förster einfiel, das „Böse“ zu verleiden, o. er tadelt es, tadelt es ganz gewiß! Aber dieser Tadel ist ohne Kraft, denn er ist ohne Sach. Prof. Förster meidet jedes Kampfgewort; jede „revolutionäre Klangfarbe“ beleidigt sein Ohr. Ich glaube, wenn er zu Christi Zeiten gelebt hätte, hätte er wohl die Benutzung des Tempels als Fruchtstätte entschieden mißbilligt, nicht minder aber würde ihn die Gewaltthätigkeit des Tische und Stühle unmerklichen Aufstößers peinlich abgestoßen haben. Diese vornehme Temperamentslosigkeit mag nun für das private Leben unter Umständen einen großen Vorzug bedeuten, im öffentlichen Leben ist sie ein Verzicht auf jede Wirkung gleichbedeutend. Die Mißfolge der Gesellschaft für ethische Kultur haben das reichlich bewiesen.

Ob nun diese Wirkungslosigkeit zu bedauern ist? Nein, und tausendmal nein! Denn so zweifellos ehrlich diese läßliche Voraussetzungslosigkeit des politischen Denkens vom subjektiven Standpunkte aus auch ist, so scheinbar, so heuchlerisch wirkt sie in objektiverem Sinne. In einem Lande, dessen Denkfreiheit durch Strafgesetze beschränkt ist, und in dem bestimmten Kreisen wieder eine gewisse standesgemäße Enge der geistigen Bewegung geboten wird, kann der Prediger der rechten Mitte schwerlich dem bitteren Schicksale entgehen, den einen für verdächtig, den andern für vornehmlich zu halten, beiden aber als recht überflüssig zu erscheinen. Die herrschende Staatsgewalt weiß sehr genau, wofür sie kämpft, und ein guter Teil ihrer Vertreter ist ehrlich davon überzeugt, in diesem Kampfe die „sittlichen Güter der Nation“ zu verteidigen; die Arbeiterklasse weiß nicht minder genau, wofür sie kämpft, und auch über ihrer Interessensphäre schwebt ein Sittlichkeitsideal, das nach ihrer Heberzeugung edler und reiner ist als das ihrer Gegner. Beide Teile sind nun darin einig, daß für die höchste absolute Sittlichkeit in dieser Welt kein Platz ist: überhaupt nicht, meinen die einen, vorläufig nicht, hoffen die andern. Der Unterhändler, der während und beizwärtig von einem zum andern läuft und beide Teile zu bewegen sucht, das anzunehmen, was ihm das Beste dünkt, verläßt bei diesem ausichtslosen Beginnen für das erreichbare Bessere eingetreten und wird mit vollem Recht von beiden gescholten.

Die ethische Kultur, die Herr Prof. Förster in diesem Buche predigt, ist schließlich nichts andres als eine Art von politischem Quietismus, im besten Falle ist sie ein Verpuppungszustand, in dem sich manche schwarzweiße Raupen zu roten Faltern verwandeln können; im allgemeinen aber bleibt sie politisch und social in jener Zwitterstellung hängen, die Robert Pruy schon so artig verpöppelt hat:

Wauschorf, ihr wißt, macht schartig.
Tadeln dürft ihr, aber artig
Raisonnieren, aber faßt.

Schwarz und weiß, das sind Extreme:
Grau, das ist das Angenehme,
Das so Schwarz in Weiß enthält.
Jede Sache hat zwei Seiten,
Ueber jede läßt sich streiten . . .

Aber auch Klugheit und Gerechtigkeit können bis zu solcher Subtilität geschärft werden, daß ihre Spitze bricht!

Reinhold Niebu. „Das Konsumvereinswesen in Deutschland.“ Seine volkswirtschaftliche und sociale Bedeutung. J. S. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Stuttgart und Berlin 1902.

Wie soziale von den Münchener volkswirtschaftlichen Studien, die die Professoren Brentano und Loy herausgegeben, trägt auch dieses ihr einundvierzigstes Stück den Charakter einer Schülerarbeit. Prof. Lujo Brentano hat ihm ein Vorwort mitgegeben, aber lange noch, nachdem er das Wort an Herrn Dr. Niebu abgegeben hat, tönt des Meisters Stimme nach. Brentano hat nun die Eigenschaft — Vorzug und Fehler zugleich! —, mit einem scharfen Blick für wirtschaftliche Neubildungen begabt zu sein, ihre unmittelbare Wirkung aber für den gesamten Produktionsprozeß leicht zu überschätzen. Er ist sozusagen ein Utopist der Wirklichkeit. Man erkennt ihn wieder in der Arbeit seines Schülers, für den scheinbar alle Fragen der Welt mit einer zunehmenden Verbreitung des Konsumvereinswesens gelöst sind.

Man darf nun eine solche, leicht übers Ziel hinauschiehende Begeisterung in diesem Falle durchaus nicht als schädlich ansehen. Ganz im Gegenteil! Die Bedeutung des Konsumvereinswesens ist so lange unterschätzt worden, daß eine Periode der Ueber- schätzung nur ein wohlthätiges Gleichgewicht herstellen könnte.

Wenn freilich Herr Dr. Niebu unter Berufung auf Gen. Kautsky den hohen Regierungen das Konsumvereinswesen als ein Mittel wider den Umsturz anpreist, so wird er damit wenig Erfolg erzielen. Der Gelegenheitsgehalt hat, in Sachen den Kampf gegen die Umstürzener zu beobachten, weiß, wie revolutionierend gerade dieser Kampf um die Konsumvereine auf die Arbeiter gewirkt hat. Niebu selbst ruft mit seinem Buche ja ganz andre Wirkungen hervor, als es in seiner Absicht liegt. Wer sich seinen Schilderungen ganz gefangen giebt, dem muß die Jörnensader Schwelgen über die Behandlung, die die meisten deutschen Regierungen den Konsumvereinen angedeihen lassen. Es ist wahrhaftig ein Bild des Lebendigsten und Spannensten Klassenkampfes, das Dr. Niebu seinen Lesern entrollt, und seine Wirkung ist um so sicherer, je weniger sie beabsichtigt ist. Die Thatsachen sind einfach stärker als der Mann! Es ist aber auch ein Erbteil des Meisters, wenn Niebu an einer falschen Alternative hängt und zwischen der praktischen Behauptung und der revolutionären Phrase einen Gegenstand zu konstruieren sucht. Beide sind doch in Wirklichkeit ferngelegene Zwillinge, und was dem einen nützt, ist dem andern willkommen. Dem Apoptel des socialen Friedens, der „von selbst kommt“, steht es schlecht an, die einzig berechnete reine Wissenschaft zu spielen.

Den Genossenschaftlern wird diese flotte Streitschrift, die sich in erster Reihe doch gegen die gewerksmäßige Mittelstandsretterei richtet, sehr willkommen sein.

Constantin Liebich. „Das Arbeitsheer. Ein Zukunftsbild der staatlichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit.“ Berlin 1902. Diegandt u. Grieben.

Die Phantasien eines guten Deutschen! Constantin Liebich erzählt die rührende Geschichte eines arbeitslosen Trunkenbolde, der in das „deutsche Arbeitsheer“ eingereiht wird und durch militärische Zucht und Ordnung ein so braver Mann wird, daß er vom Kaiser einen Orden bekommt. Das einzig Wichtige an dieser Schrift sind andern ihresgleichen bezieht darin, daß man an ihnen den Einfluß studieren kann, den die socialistische Wirtschaftskritik auch auf konervative Köpfe ausgeübt hat. Daß die Kinder eines so unantastlichen Bundes Ungeheime mit zwei Köpfen sind, ist weiter nicht verwunderlich, und drohlich ist, daß sich gerade der Begründer der Berliner „Schrappenfischen“ für einen socialistischen „Kafernenstaat“ nach dem Muster des gepriesenen Militarismus so sehr erwärmt. Weitere Bedeutung kommt diesem Schriftchen nicht zu.

Dr. J. Ingwer. Die Prehreform. Eine Kritik der Regierungsvorlage vom 11. Juni 1902. Wien 1902. Verlag der Wiener Volkshandlung Ingau Brand.

Der belaupte österreichische Parteigenosse und Rechtsanwalt kommt bei der Kritik des neuen österreichischen Prehgesetzes im Gegensatz zu der milden Beurteilung, die dieses Werk der Gesetzgebung auch in der oppositionellen Presse erfahren hat, zu einer sehr entschiedenen Beurteilung. Er erkennt in dem Entwurfe eine verböhrte Auflage des deutschen Prehgesetzes, das sich das Kompliment gefallen lassen muß, es sei — natürlich nach dem bestehenden österreichischen — das reaktionärste von Europa. Solche „Verböhrungen“ bestehen im Konzeptionszwang für Buchhändler, der bestehen bleibt, obgleich in Deutschland auf 7497 Einwohner ein Buchhändler kommt, in Oestreich aber erst einer auf 80478, in den Beschränkungen der Kolportagefreiheit, in der Abgabe der Pflichtexemplare, hauptsächlich aber in der Reform der objektiven Verfahrens und den Veränderungen der Gerichtsbarkeit. Der Unterschied zwischen alter und neuer Ordnung besteht einzig und allein darin, daß die Regierungsvorlage die strafbaren Handlungen, wegen welcher die Beschlagnahme zulässig ist, aufzähle, während sowohl im alten Prehgesetze als auch in der Strafprozessordnung eine derartige Aufzählung fehle. Die Aufzählung der Vergehen, wegen welcher eine vorläufige Beschlagnahme vorgenommen werden könne, sei so erschröpfend, daß die Censoren allen Grund hätten, zufrieden zu sein. Und wenn sie künstlich auch manche Meinungsäußerung nicht würden beschlagnahmen können, so würde ihnen doch der süße Trost bleiben, daß sie denjenigen, der diese Meinung geäußert hat, zuverlässig einsperren lassen könnten.

Diese Zuverlässigkeit hat bekanntlich bis jetzt gefehlt, da fast alle Prehbesitz vor das Schwurgericht kamen. Nun werden Ehrenbeleidigungen der Jurisdiction der Bekwornen entzogen und vor die Bezugsgerichte gebracht. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, auch Beamtenbeleidigungen vor den gelehrten Richtern zu bringen. Gegen diese Bestimmung wendet sich Ingwer mit aller Schärfe, und seine Angriffslust hätte gewiß keine Abkühlung erfahren, hätte er auch das deutsche Verfahren bei Beamtenbeleidigungen aus eigener Praxis kennen gelernt. Alle Fehlteile, die parteiische und unwissende Schwurgerichte in Oestreich gethan haben, wegen die Vorteile des Grundgesetzes, alle Prehbesitz vor das Schwurgericht zu bringen, lange nicht auf. Die österreichischen Genossen, zumal die Wiener, haben in der letzten Zeit zu sehr unter der Parteilichkeit der verurteilten Schwurgerichte gelitten, als daß sie sich für diesen Grundgesetz begeistern könnten. Nichtsdestoweniger bleibt seine Durchbrechung ein gefährlicher Rückschritt, der sich für jene Länder besonders empfindlich bemerkbar machen wird, in denen er nicht durchgeführt ist. Wenn sich Oestreich „genötigt“ sieht, von ihm abzuweichen, so wird andere Regierungen ein Argument dafür geliefert, ihn nicht anzunehmen. Trozdem meint selbst Ingwer, der sonst mit Recht nicht in dem Systeme der Schwurgerichte, sondern in der heute beliebten Art ihrer Zusammen-

setzung, die Ursache ihrer Fehlteile sieht, seit Jahren bestiehe kein Zweifel darüber, daß Privat-Ehrenbeleidigungen der Kompetenz der Schwurgerichte zu entziehen seien. Einerseits wird es überaus schwer sein, den Begriff der Privat-Ehrenbeleidigung richtig zu konstruieren, weil es sich dabei doch mehr um die Stellung der beleidigten Person, als um die Art der kritisierten Thätigkeit handeln kann, andererseits entfallen alle Einwände gegen die Schwurgerichte, wenn ihre Zusammensetzung verbessert wird. Das Argument, es handle sich oft um zu geringfügige Sachen, als daß es sich verlohne, ihreweg einen so komplizierten Apparat in Scene zu setzen, kann dort, wo es sich um die Wahrung eines so wichtigen Grundgesetzes handelt, kaum ernstlich in Betracht kommen. Das Schöffengericht, das Ingwer für Privat-Ehrenbeleidigungen vorschlägt, dürfte nach den Erfahrungen anderer Länder nur das Klassenvorurteil des Bezugs mit dem Amtsvorurteil der angelegtesten Gelehrsamkeit brüderlich vereinigen.

Sehr bemerkenswert ist Ingwers Klarlegung, daß der § 36 des neuen Gesetzes eine schwere Gefahr für das Koalitionsrecht bedeute. Dieser Paragraph besagt nämlich: „Wer eine offenbar gefährlichen Beweggründen entsprechende mittelbare oder unmittelbare Aufforderung zu Reibung des geschäftlichen Verkehrs mit bestimmten Kreisen von industriellen Gewerbetreibenden . . . durch eine Druckschrift veröffentlicht, ist wegen Uebertretung an Geld mit 50—2000 Kronen zu bestrafen.“

Diese Bestimmung richtet sich offenbar in erster Linie gegen den in Oestreich beliebten nationalen und konfessionellen Bohloft, läßt sich aber sehr bequem auch gegen jede im Druck empfohlene Maßregel des Lokalkampfes anwenden. Alles in allem gewinnt man aus Ingwers Darstellung keineswegs den Eindruck, als ob das neue Gesetz das viele Lob verdiene, das es gefunden hat.

Siegfried Geyerhahn. „Das Problem der verhältnismäßigen Vertretung.“ Ein Versuch zu seiner Lösung. Tübingen und Leipzig. J. C. B. Mohr. 1902.

Als erstes Stück der von den Universitätsprofessoren Edmund Verzagel und Eugen v. Philippovich herausgegebenen „Wiener Staatswissenschaftlichen Studien“ ist diese Schrift die erste, die sich nicht mit österreichischen Verhältnissen und Zuständen beschäftigt, sondern auch für andre Staaten politisch unmittelbare Bedeutung besitzt. Siegfried Geyerhahn, ein entschiedener Anhänger des Proportional-Wahlverfahrens, liebt es nicht, auf Oestreich zu exemplifizieren, das ihm allzu sehr in mittelalterlichen Wahlrechtszuständen besungen erscheint, sondern er zieht das Deutsche Reich vor, das freilich diese Ehre seiner reaktionären Regierung halber schlecht verdient. Jedem der Verfasser die bekannte Rechnung aufstellt, nach deren Ergebnis die Socialdemokratie gerechterweise mit 110 Abgeordneten im Reichstag vertreten sein müßte, spricht er ja selbst den Ansichten, die sich unter dem gegenwärtigen Kurse in Deutschen Reiches seiner demokratischen Wahlgerechtigkeit eröffnen, bis auf weiteres das Todesurteil.

Geyerhahn verwirft die bestehenden Systeme des Proportional-Wahlverfahrens, besonders das belgische. Dieses Wahlverfahren hat es nicht verhindern können, daß die belgischen Merkmalen bei den Kammerwahlen vom 25. Mai 1900 mit 86 gewonnenen Stimmen die Mehrheit in der Kammer erhielten, obwohl sie nach dem Verhältnis der Wählerziffern nur 74 von im ganzen 152 Kammerstimmen hätten einnehmen dürfen. Den Grund dieser Ungerechtigkeit erkennt Geyerhahn in dem Umstande, daß der Grundsatz der Verhältniswahl nur innerhalb der einzelnen Wahlbezirke gilt, für die gesamte Zusammensetzung der Kammer aber nicht entscheidend ist. Geyerhahn hat nun ein Mittel gesucht, um unter Verbeibehaltung der Selbständigkeit der Wahlbezirke gleichwohl die Vertretung der untertreten gebliebenen kleineren Minoritäten für die Gestaltung des Gesamtergebnisses möglich zu machen. Er macht folgenden Vorschlag: Es sollen halb soviel Wahlbezirke geschaffen werden, als Mandate zu befehen sind. Jeder Bezirk wählt zunächst einen Abgeordneten. Die Stimmzettel werden nach dem australischen Verfahren eingerichtet, d. h. sie müssen die Namen aller im Bezirke angemeldeten Kandidaten samt ihrer Parteizugehörigkeit enthalten; der Wähler bezeichnend durch ein bestimmtes Zeichen den Kandidaten der ihm genehm ist. So wird die eine Hälfte der Abgeordneten gewählt und zwar mit absoluter Majorität. Eine Wahl-Centralstelle berechnet sodann die Gesamtstimmzahl, die jede Partei erhalten hat, wobei auch die Wahlen als eine Partei zählen, und wie viele Mandate ihr noch zur Erreichung der richtigen Verhältniszahl fehlen. Diese Mandate werden nun mit jenen unterlegenen Parteimännern befeh, die die größten Stimmzahlen auf sich vereinigt haben. Da dieses System Erfolge vermeiden muß, sind gleich bei den allgemeinen Wahlen zwei Ersatzmänner zu wählen, die der Reihe nach in die etwa entfallende Lücke eintreten könnten.

An einem Uebermaße von Einfachheit leidet Herrn Geyerhahns Vorschlag allerdings nicht, und besonders die Ersatzmännerwahl dürfte in der Praxis zu recht argen Mißverständnissen der Wähler führen. An der Möglichkeit, das allgemein bestehende Wahlsystem gerechter zu gestalten und durch Erfahrungen der Praxis zur Vollkommenheit zu bringen, hat übrigens auch vor dem Erscheinen dieser Schrift kaum jemand gezweifelt. Der schwierigere Teil der Arbeit liegt noch vor uns, und schließlich kann niemand verlangen, daß er in einem stadtwissenschaftlichen Seminar gelöst wird, sei es auch noch so wenig durch den Volkgeist eingeeignet, wie erfreulicherweise das des Herrn Prof. Bernhail in Wien.

F. S.

Siebenter Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

München, 27. August.

Auch heute dauert die geschlossene Sitzung des Verbandstages noch fort. Schon gestern stellte es sich heraus, daß zu dem bereits angeführten noch diverse andre Punkte der Tagesordnung in dem Kreis der Besprechung gezogen werden müssen, so z. B. Wahl des Tages für den Vorstand und Ausschuß, die Lohnbewegungen der letzten Jahre und eine Reihe hierher gehöriger Anträge.

Die Diskussion erstreckte sich hauptsächlich auf Personenfragen, die teilweise bereits in der öffentlichen Sitzung vom Dienstagvormittag angeschnitten wurden, für die Öffentlichkeit aber keinerlei Bedeutung haben. Unter andern wurde aufgeführt, die gegenwärtige Situation sei eine Folge der Anwesenheit des Vorstandes am unrichtigen Orte. Man habe sich dort die Verhältnisse in mancher Hinsicht über den Kopf wachsen lassen. Daran trauke das ganze System. Man müsse also andre Wege einschlagen, besonders in Streitfragen, wo manche taktische Fehler gemacht wurden. Es dürfe über die Diktaturversuche des Vorstandes in der Fragesitzung nicht geschwiegen werden. Es trete eine neue Entwicklungsphase ein, die keineswegs bedauerlich sei. Man habe in Zukunft mit einem korporativen Arbeitgeber-Verband zu thun und müsse dieser Thatsache Rechnung tragen.

Nach dem Schluß der heutigen Vormittagsitzung kommt es nach gründlicher Aussprache über alle zur Beratung stehenden Fragen zur Abstimmung.

Die Frage, ob der Verbandstag der Meinung ist, daß sich die Anstellung eines dritten Beamten im Verbandsbureau nötig macht,

wird mit allen gegen acht Stimmen bejaht. Ebenso die weitere Frage, ob dieser anzustellende Beamte in Zukunft als erster Vorsitzender des Verbandes zu fungieren habe.

Andere Anträge und eine Resolution bleiben der öffentlichen Abstimmung und Erledigung vorbehalten.

Nachmittags fällt die Sitzung aus, da das Lokalkomitee einen Ausflug des Verbandstages nach dem Starnberger See arrangiert hat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteiexpedition im 2. Berliner Wahlkreis.

Die Genossen, die zum 1. August d. J. den „Vorwärts“ und sonstige Parteiliteratur abbestellen, aber versäumt hatten, bei ihrem bisherigen Privatpediteur abzuhelfen, und dadurch den „Vorwärts“ weiterhin von demselben nehmen mußten, werden hiermit ersucht, bis zum 31. August bei dem Privatpediteur abzuhelfen und zum 1. September bei der Parteiexpedition zu abonnieren. Weiter wird ersucht, die weitgehendste Agitation für unser Unternehmen, die Parteiexpedition zu betreiben, die geschaffen worden ist im Interesse des Kreises und der Partei.

Der Parteipreditor ist Genosse O. Werner, Mittenwalderstr. 30, vorn parterre links.

Für die Partei-Expedition kommen folgende Straßen in Betracht: Alexandrinenstraße, Am Tempelhofer Berg, Arnthstraße, Bornthstraße, Bärwaldstraße, Belle-Alliancestraße, Bergmannstraße, Blücherstraße, Blücherplatz, Goethestraße, Boppstraße, Brandenburgerstr. 1—17 u. 64—82, Campbausestraße, Chamisso-Platz, Diefenbachstraße, Fichtestraße, Fiedrichstraße, Friesenstraße, Fähringerstraße, Geibelstraße, Göttschingerstraße 1—113, Geisenstraße, Golkenstraße, Gräfelstraße, Grumm-

straße, Großbeerenstraße 10—86, Hagelsbergerstraße, Hasenheide, Heimestraße, Hohenstaufen-Platz, Hornstraße, Jahnstraße, Johanniterstraße, Johannistisch, Jüterbogstraße, Kaybachstraße, Kloedenstraße, Kopischstraße, Kottbusser Damm, Kreuzbergstraße, Lachmannstraße, Lantwischstraße, Lednitzerstraße, Richterfelderstraße, Riesen-Platz 47 bis Ende, Warnecke-Platz, Mariendorferstraße, Wittenwalderstraße, Wöckernstraße, Woytstraße, Wollenhofferstraße, Woytstraße, Plan-Ufer, Prinz August von Württembergstraße, Prinzenstraße 1—16 und 103—119, Schenkenbergstraße, Schleiermacherstraße, Schönleinstraße, Sedan-Ufer, Siedelstraße, Solmsstraße, Teltowstraße, Tempelherrenstraße, Tempelhofer-Ufer, Am Urban, Urbanstraße, Wartenburgstraße, Waterloo-Ufer, Wasserhorst. 1—76, Wilhelm-Alexisstraße, Wilmstraße, Yorckstraße 1—34 und 58—90, Zoffenerstraße, Zöllnerstraße.

Die Kommission und die Vertrauensleute.

Schöneberg. Am kommenden Sonntag veranstaltet der Wahlverein in den Obstischen Lokalitäten ein Volksfest. Entree 20 Pf. Eine zahlreiche Beteiligung wäre wünschenswert.

Lokales.

Das hiesige Schaugepränge.

Das der deutsche Kaiser seinen Gast, dem König von Italien, am Donnerstag bereitet hat, ist programmgemäß verlaufen. Der König ist unter einem gewaltigen Aufgebot von Militär und von Kriegervereinen, wie es bei solchen Gelegenheiten Brauch ist, durch die „Eisenallee“ und die „Linden“ nach dem kaiserlichen Schloß geleitet worden.

Ein Teil der Berliner Bevölkerung hatte sich willig zu den höheren Orts gewünschten Mitwirkung an dieser Veranstaltung hergegeben. Die städtischen Behörden, die Innungen und das übrige „Volk“ waren herbeigeeilt, um den Gast des Kaisers mit dem üblichen Begeisterungsjubel zu begrüßen.

Durch eine stattliche Anzahl „gehorsamer und pflichteifriger Unterthanen“ waren die städtischen Behörden vertreten. Vom Magistrat fehlten nur wenige; Herr Kirchner hat seine Leute wirklich in guter Nacht. Aus der Stadtverordneten-Versammlung sah man zahlreiche Mitglieder aller bürgerlichen Fraktionen. Auch die „Neue Fraktion der Linken“, deren Mitglieder so gern als die Wüste des Berliner Freiheits, als die entschieden und wahrhaft freimüthigen angepriesen werden, war tüchtig vertreten. Die Frauen haben recht daran gethan, daß sie ihr Licht nicht unter den Scheffel stellten. In der langen, langen Zeit, die die Herren vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung samt ihren ehrenjungfräulichen Töchtern vor dem Brandenburger Thor im Sonnenbrand auf die Ankunft des Juges warten mußten, hatten sie reichlich Ruhe, den geschnadlosen Klitter zu betrachten, der hier als Festschmuck aus dem Gelde der Berliner Steuerzahler hergerichtet worden war.

Die Innungen waren keineswegs in voller Stärke erschienen. Viele der kleinen Gewerbetreibenden haben in der That Wichtigeres zu thun, als des morgens früh um 7/7 Uhr im Sonntagstaat anzutreten und einen ganzen Vormittag mit „Spaliersehen“ zu verträdeln.

Auch das „Volk“, das hinter den dichten Reihen der Spalier-Auffstellung nehmen und ans respektvoller Entfernung zuschauen durfte, war diesmal lange nicht so zahlreich, wie man es bei dem prächtigen Wetter hätte erwarten können. Am Ende fingen die sich häufenden Fürsteneinsparungen doch an, den Berlinern langweilig zu werden.

Die arbeitende Bevölkerung Berlins hatte sich selbstverständlich, wie immer, ganz fern gehalten. Die gegenteilige Behauptung eines konservativen Blattes ist aus der Luft gegriffen und die Klagen über die Reugier der Berliner, die sich übrigens gerade in einem solchen Blatte sehr eigentümlich ausnehmen, müssen an eine ganz andre Adresse gerichtet werden. Die Scharen der Männlein und Weiblein, die da standen und sich nach jedem Helmknick die Hüfte ausdrückten, waren durchweg „besseres Publikum“.

Die Polizei nahm allerdings darauf wenig Rücksicht und behandelte die harrende Menge gelegentlich fast so, als hätte sie ganz ordinäre Dummker vor sich. Am Brandenburger Thor gab es vor Ankunft des Juges eine anmutige Scene. Infolge eines Gedränges, das hier entstand, wurde ein Schutzmann so nervös, daß er, wie verschiedene Personen vernommen zu haben versicherten, das herbe Urtheil fällte, „es seien Lumpen unter den Herrschaften“. Einem Herren, der sich darüber aufregte, wurde von einem Lieutenant geantwortet: „Beschweren Sie sich beim Präsidium; aber Rabau machen, das giebt's hier nicht!“ Als der Herr erklärte, er werde sich in der That beschweren, steckten einige Schutzeute die Köpfe zusammen, dann trat der Herr, der durch die kurze Konferenz zum seine Fassung wiedergekommen zu haben schien, auf den Aufgeregten zu und — ersuchte ihn um sein Rationale. Dem Aufgeregten dürfte später ein kleines Andenken an den Eingangsstag überreicht werden.

Durch die Absperrungen, die in der gesamten Umgebung der Eingangsstraße wieder in bekannter Ausdehnung vorgenommen worden waren, war das für gefordert, daß auch derjenige Teil der Bevölkerung, der — unbekümmert um Fürsteneinsparungen und ähnliche militärisch-dynastische Veranstaltungen — seinen Geschäften nachzugehen pflegt, die Freuden dieses Tages gründlich zu kosten bekam.

Die Rede, mit welcher der Oberbürgermeister Berlins, Herr Kirchner, gestern den König von Italien am Brandenburger Thor begrüßte, war in dem üblichen höflichen Stil gehalten und zeichnete sich noch weniger als frühere Ansprachen durch irgendwelche Pointen aus. Sie lautete im wesentlichen:

Die Bürgerschaft Berlins ist sich bewußt der vielen und bedeutungsvollen Beziehungen, die zwischen Italien und Deutschland, den Fürsten und den Völkern durch die lange Reihe der Jahrhunderte bestanden haben und noch bestehen; sie ist mit aufrichtiger Ermuthigung eingedenk der Freundschaft, welche das unter dem Fürstenthume Savoyen geeinte Italien mit dem unter dem Kaiserthum Österreich neu erstandenen Deutschen Reich durch die Begründung beider Reiche an innig verbindet; sie gedenkt heute bewegten Herzens der schönen, festlichen Tage, an welchen Euer Majestät Herr Großvater und Vater als Gäste unseres Herrscherhauses in den Mauern dieser Stadt weilten; und vor allem sie erblickt mit dem gesamten deutschen Volke in dem Erscheinen Eurer Majestät auf deutschem Boden freudig und hoffnungsvoll einen neuen Beweis dafür, daß Euer Majestät entschlossen sind, das erst vor kurzem erneute Bündnis zwischen Italien, Deutschland und dem befreundeten Oesterreich-Ungarn allzeit zu hegen und zu pflegen, um dadurch in voller Uebereinstimmung mit dem unablässigen, eifrigen Bemühen der erhabenen Verbündeten den Völkern der Erde den Frieden zu erhalten!

Nachdem der König von Italien diese Rede vernommen hatte, sprach er in französischer Sprache sein Bedauern darüber aus, daß es ihm nicht möglich sei, auf deutsch zu danken und machte dann den Oberbürgermeister darauf aufmerksam, daß die zur Begrüßung hinzugezogenen Damen ungeduldig würden.

„So'n bißchen Französisch...“ Für den Byzantinismus und dem Mangel an wirklichem Vaterlandgefühl bei unsren Hurra-Patrioten ist folgende von der „Deutsch. Tagesztg.“ mitgetheilte Erinnerung bezeichnend:

Die offiziellen Begrüßungsansprachen an den König von Italien werden in deutscher Sprache gehalten. Es geschieht dies auf einen Wunsch des Kaisers. Als im Jahre 1889 König Humbert in Berlin einzug, wurde er am Brandenburger Thor von der sprechenden Ehrenjungfrau in italienischer Sprache begrüßt. König Humbert glaubte, daß die Dame perfekt italienisch spreche, und stellte in seiner Sprache einige Fragen an die junge Dame. Da stellte es sich denn heraus, daß sie das Gebicht in italienischer Sprache auswendig gelernt hatte und nur deutsch sprechen konnte. Natürlich machte der Vorfall auf alle Anwesenden, namentlich auf den Kaiser, einen peinlichen Eindruck. Dem soll jetzt vorgebeugt werden.

Die arme Ehrenjungfrau, die sich so blamieren mußte, ist wohl am unschuldigsten an dieser peinlichen Affaire. In sie wird die italienische Ansprache ebenso hineingetrichtert worden sein, wie man die „Klosterglocken“ in unsre, im Klavierpiel talentlosen höheren Töchter hineintrichtert. Aber der hurrapatriotische Vater dieses jungen Mädchens hätte sich vor Augen führen sollen, daß in dem Dressurstück, das er an seiner Tochter verrichten ließ, sich eine schimpfliche Wächterin unsrer eignen schönen Muttersprache und damit ein bedenklicher Mangel an wirklichem Patriotismus kundgiebt. Wir glauben nicht, daß ein französischer oder italienischer Staatsbürger einer Albernheit, wie der hier mitgetheilten, fähig wäre; das kann nur deutschen Patrioten passieren.

Vaterlandspatriotismus. Mehrere Witzschriften wurden gestern beim Einzuge des Königs von Italien in den Wagen der Majestät zu werfen versucht. Da der Schutzmännlichkeit anbefohlen worden war, hierauf ein wachsameres Auge zu haben, so wurden die Witzblätter, zumest Frauen, von ihrem Vorhaben abgehalten. Nur in der Bellevuestraße gelang es einer Dame, ein ziemlich hübsch gezeichnetes Schreiben in die kaiserliche Equipage zu werfen. — Im übrigen wird König Victor Emanuel von vielen als ein Retter in der Not an-

gesehen. An seine Adresse sind unzählige Briefe gerichtet, welche augenscheinlich nichts weiter als Bitten enthalten.

Die überquellende Begeisterung, in der bei patriotischen Gelegenheiten ein Teil der Zuschauer sich ergeht, hätte gestern beim Einzug des Königs von Italien bedenkliche Folgen haben können. Nachdem der erste Wagen mit dem König von Italien und dem Kaiser bereits abgefahren war, wurden die Vorderperde des zweiten a la Daumont gefahrenen Wagens, in dem die Kaiserin mit zwei Kindern Platz genommen hatte, infolge der Hurrarufe des Publikums schau und bäumten. Der Reiter, der anscheinend auch die Kluge verloren hatte, konnte mit den ausfahenden Tieren nichts Rechtes anfangen, so daß die Hinterperde mit dem Wagen nach dem Fürstehofe zu in das Publikum hinein zurückgedrängt wurden. Der Spitzreiter und die vordere Besorte — eine halbe Schwadron — hatten nichts bemerkt und waren weitergeritten. Sie mußten umkehren. Einem Schutzmann vom 37. Polizeirevier, der anscheinend Kavallerist gewesen ist, gelang die Verhütung des sich bäumenden vorderen Handpferdes, indem er es am Halse klopfte und streichelte. Dadurch ließ das Tier von weiteren Sprüngen ab und sich zum Anziehen bewegen. Der Vorfall dauerte immerhin so lange, daß die beiden Monarchen bereits bis zur Sieges-Allee vorausgeritten waren, während das Gespinn der Kaiserin noch auf dem Potsdamer Platz festsaß.

Die Opfer des gestrigen Tages. Die Unfallstationen mittheilen, sind bei dem gestrigen Straßenraub 28 Dohnachisfälle und kleinere Verletzungen vorgekommen. Ein Mitglied des Kriegervereins mußte mit dem Wagen der Unfallstation am Brandenburger Thor weggeführt werden. Ein 12jähriges Schulmädchen Namens Kämmel brach unter den Linden bewußlos zusammen und wurde mit dem Wagen der Unfallstation nach der Ambulanz gebracht.

Neue Straßensperrungen für heute. Der Polizeipräsident veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Aus Anlaß der am 30. August d. J. vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von 8 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Bellevuestraße und die Lichterfelderstraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach dem Einmarsch derselben in die Stadt nicht befahren werden. Der Verkehr der Straßen bezw. Pferdebahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen (insbesondere auch in der Friedrichstraße) mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (etwa von 7 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Absperrung eingestellt bezw. eingeschränkt oder abgeleitet.

Die Bedeutung des elektrischen Betriebs der Straßenbahn für die Reinlichkeit und für die öffentliche Gesundheit zeigen folgende Angaben, nachdem nimmehr der mechanische Betrieb in der Hauptsache durchgeführt ist. Der hauptsächlichste Erzeuger des Staubes in den Straßen der Großstadt ist bekanntlich das Pferd. Die große Berliner Straßenbahn hatte zur Zeit der größten Ausdehnung ihres Pferdebetriebes, ehe sie zum elektrischen überging, einen Bestand von etwa 6800 Tieren. Die Zahlleistungen der Straßenbahn sind inzwischen aber erheblich gewachsen. Um die 130 000 Wagenkilometer, welche die Große Berliner täglich leistet, mit Pferden zu fahren, wären heute allein 14 500 Pferde erforderlich. Für die westliche Berliner Vorortbahn wären ca. 950, für die südliche 350, für die Berlin-Charlottenburger 850 Pferde erforderlich. Die vier vereinigten Gesellschaften hätten somit heute einen Bestand von 16 650 Tieren. Rechnet man den Bedarf der wenigen übrigen Straßenbahnen Berlins hinzu, so käme man auf einen Bestand von rund 17 000 Straßenbahn-Pferden. Diese gewaltige Heerde ist aus den Straßen verschwunden. An ihre Stelle ist der reinlichste aller Motoren, der elektrische getreten. Was die Zahl bedeutet, geht daraus hervor, daß sie etwa der Zahl der in Dienst befindlichen Pferde für die Droschken und Omnibusse entspricht; wenn man die Zahl der Berliner Droschkenpferde mit 18 000, die der Omnibuspferde mit 4000 annimmt.

Berlin als Zeitungskind. Die führende Stellung der Reichshauptstadt im Zeitungsgewerbe zeigen die Zahlen der durch die Post beförderten Zeitungsummern. Im ganzen Reichspostgebiet wurden im letzten Jahre 1188 1/2 Millionen Zeitungsummern bei der Post ausgegeben. Von dieser 1 1/2 Milliarden Zeitungsummern entfielen 360 Millionen auf den Ober-Postdirektionsbezirk Berlin. Selbst große und verkehrsreiche Bezirke wie Köln geben wenig mehr als 44 Mill. Zeitungsummern jährlich zur Post. Bezirke mit einem größeren Zeitungsvorstand sind ferner Düsseldorf mit 38 Millionen, Leipzig mit 33 1/2, Breslau mit 32,8, Frankfurt a. M. mit 29, Erfurt mit 28 Millionen etc. Die Zahl der eingegangenen Zeitungsummern betrug im Reichspostgebiet 1112 Millionen. Berlin erhält hiervon nur 29 Millionen, während im Erfurter Bezirk 49 1/2, im Düsseldorf-Bezirk 33 1/2, in Magdeburg 42 1/2, in Potsdam 42 Millionen Zeitungsummern bestellt werden. Die Zahlen beziehen sich lediglich auf die durch die Post bezogenen Zeitungen. Die Nummern, welche von den Verlegern oder Zeitungspeditoren bestellt werden, sind nicht in Betracht gezogen.

Zum Wohnungswechsel. Der Polizeipräsident giebt bekannt: Es wird wiederholt davor gewarnt, Miethverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Ausfertigung des Rohbaunabnahme-Scheines ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsnabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizei-Organ vor Ablauf dieser Frist das Beziehen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizei-Reviere werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voranschreitenden Termin der Beziehbareit von Wohnungen in neuen beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Für Heiligthümer. Am 2. Oktober beginnt ein neuer Vorbereitungs-Aktus für die staatliche Prüfung als Heiligthümer und Richter, und zwar für männliche und weibliche Personen. Meldungen bei dem k. k. Kreisarzt Herrn Geh. Medizinalrat Dr. Stamer, Wallstr. 3, in den Sprechstunden 8-9 und 5-6 Uhr.

Der unter dem Verdacht, der Mörder der kleinen Raute aus Plagensee zu sein, in Rowawes verhaftete landstreichende Maler Lemmer soll dieser Tage mit verschiedenen Personen konfrontiert werden, doch ist man schon jetzt fest überzeugt davon, daß Lemmer nicht der ruchlose Thäter ist, trotzdem er sein Mibi bisher noch nicht genau nachgewiesen hat.

Zu Befinden Virchow's ist, wie die „Deutsche Med. Wochenschrift“ von ärztlicher Seite aus Bad Nauheim erfährt, die in voriger Woche konstatierte Besserung, leider nicht von langer Dauer gewesen und ein Schwinden der Körperkräfte, namentlich in den letzten Tagen, unverkennbar.

Graf und Gräfin Haghek in der Sommerfrische. Viel Bewunderung rief ein aristokratisch aussehendes Paar hervor, das sich vor etwa acht Tagen in Hessewinkel bei dem Gastwirt Schreyer einmietete, um einige Tage der ungestörten Ruhe zu genießen. Sein Vater, so ließ der vornehme Graf fallen, sei Kommerzherr und wohne in der Wilhelmstraße zu Berlin; er selbst sitze beim 2. Garde-Regiment, sei bei Hofe zweiter Vortänzer, habe auch zwei Villen in Karlsdorf. Dort aber wolle sich das gräfliche Paar nicht aufhalten, weil ihm der Besuch aus Berlin lästig sei; eine Meise aber könne es nicht unternehmen, weil der Herr bei den Hoffestlichkeiten amwesend sein müsse. In der ersten Zeit zahlte der Herr Graf in Bar, dann aber ließ er aufschreiben, weil ihm das jedesmalige Begleichen von Lappalien un bequem war. Endlich fuhr der Graf mit seiner hohen Gemahlin nach Berlin, um für die Hoffeste seine Befehle — Ordres — entgegen zu nehmen, kehrte aber nicht mehr zurück. Da die in der Kandidatur zurückgelassene Habe wertlos ist, forschte der Wirt den gegebenen Spuren nach, konnte aber weder bei den Dragonern, noch in Karlsdorf, noch von Hofbeamten etwas über den Grafen Haghek erfahren. Jetzt nahm er seine Hufschutze zur Kriminalpolizei. Diese ermittelte das Paar in einem neuen

heim. Der Herr Graf erwies sich als der Maschinenbauer Krebs aus der Berlinerstraße in Friedrichsfelde, die Gräfin als eine ihrem Mann durchgegangene Frau Lydia Sommerschmidt. Wegen Begehren und Betruges wurden beide eingesperrt.

Den Tod durch Verdrühen erlitt Mittwochabend die dreizehnt Monate alte Tochter Erich des Landwirts Müller aus Rowawes. Das Kind befand sich in Begleitung der Mutter zu Besuch bei Verwandten in der Moritzstr. 19. Am Nachmittag fiel es in einem unbewachten Augenblick in eine mit heißem Wasser gefüllte Korbwaschwanne, an der es sich zu schaukeln gemacht hatte. Die ganze Rückenfläche wurde derart verdrückt, daß der alsbaldige Tod unausweichlich war.

Durch einen Messerstich in den Unterleib wurde der im Postamt 34 angestellte Postbote Franz Braach, Mainzstr. 5 wohnhaft, tödlich verwundet. Als mutmaßlicher Thäter ist der Tischlermeister und Hausbesitzer H. Stelmach, Warschauerstraße 12, verhaftet worden. B., dessen Frau mit ihrem Kinde bei Verwandten in Schlesien weilte, hatte am Dienstagabend mit einigen Bekannten einige Wirtshausen besucht. In einer Wirtshaus in der Warschauerstraße war einer seiner Freunde mit St. in Streit geraten. Die ganze Gesellschaft wurde zur Wache förtiert, und dort sagte B. zu Ungunsten Stelmachs aus. Darüber kam es auf dem Rückwege zu neuem Wortwechsel, man betrug sich aber und besuchte zusammen noch mehrere Anstalten. Gegen 8 Uhr morgens, auf dem Heimwege, gerieten Braach und Stelmach von neuem an einander, und letzterer verfecht Braach, wie dieser meinte, einen Stoß mit der Faust vor den Unterleib. B. schleppte sich noch nach Hause, in seiner Wohnung angekommen, brach er aber zusammen. Seine Nachbarn hörten sein Stöhnen und Schreien und erbrachen die Thür. Sie fanden ihn im Blute schwimmend. Die Gebärmere waren bereits aus der Wunde getreten. Ein rasch herbeigerufener Arzt ließ ihn unverzüglich nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen schaffen, wo er hoffnungslos danieder liegt. Seine telegraphisch benachrichtigte Gattin traf gestern Abend hier ein. St. wurde durch die Kriminalpolizei verhaftet.

Auf eigenartige Weise geübt hat sich am Mittwochnachts um 4 Uhr der nicht ganz zurechnungsfähige und arbeitsunfähige Arbeiter Ferdinand Schröder aus der Prinzen-Allee 44. Der 56 Jahre alte Mann brachte sich mit einem Küchmesser einen tiefen Schnitt in das Ellenbogengelenk des linken Armes bei. Die That wurde nicht gleich bemerkt, und nach Verlauf von einer Stunde war Sch. an Verblutung gestorben.

Von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn erhalten wir folgende Zuschrift: Zu der gestern in Ihrem geschätzten Blatte gebrachten Mitteilung von dem Unglücksfall der Witwe K i n n o w möchten wir berichtigend bemerken, daß dieselbe nicht von einem Straßenbahnwagen erfaßt und niedergeworfen wurde, da sie mit einem solchen Wagen gar nicht in Berührung gekommen ist. Sie glitt vielmehr beim eiligen Ueberschreiten des Geleises vor dem herankommenden Wagen aus und stürzte. Dem Führer des Straßenbahnwagens gelang es, sein Gefährt noch vor der befürchteten Kollision zum Stehen zu bringen.

Ein Zimmermarder lehrte vorgestern bei der Zimmervermieterin Frau B. in der Mauerstraße ein. In den späten Nachmittagsstunden meldete sich ein junger Mann von etwa 23 Jahren und fragte nach einem möblierten Zimmer. Er gab an, Schuberth zu heißen und bei der Centrale für Spiritusverwertung in der Taubenstraße angestellt zu sein. Der Herr entschied sich für ein Zimmer, das bereits von einem Herrn bewohnt war, in dem aber zur Zeit das zweite Bett leer stand. Da er einen vertrauenswürdigenden Eindruck machte, nahm Frau B. ihn anstandslos auf und er bezog dann auch am Abend sein Schlaflogis. Als sein Zimmergenosse am andern Morgen erwachte, war der neue Mieter bereits fortgegangen, mit ihm zugleich aber auch Uhr und Kette des älteren verschwunden. Augenblicklich sieht der Spitzdube sich möblierte Zimmer an, und sucht da für eine Nacht Logis zu bekommen, wo sich ihm Gelegenheit zum Diebstahl bietet.

Feuerbericht. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Wehr nach der Bellevue-Allee 32 gerufen. Hier war in einem Keller auf noch nicht ermittelte Weise ein größeres Feuer ausgebrochen, das an den dort lagernden Holzern reiche Nahrung gefunden hatte. Die Wehr mußte daher auch längere Zeit aus einer Schlauchleitung Wasser geben, um die Flammen zu erlöchen. Zur selben Zeit mußte in der Rammstr. 62 im ersten Stock in einem Comptoir ein Brand beseitigt werden, der in der Hauptkassette Lädenische beschädigte. Mittwochabend gegen 8 Uhr hatte die Wehr in der Remeseistr. 11 in einer Küche ein Feuer abzulöschen, welches den Fußboden und die Wollenlage ergriffen hatte. Gardinen, Kleidungsstücke etc. gingen nachmittags 4 Uhr in der Hofstr. 29 in einer Wohnung in Flammen auf, die indes noch im Keime erstickt werden konnten. Außerdem war noch in der Prinzenstr. 19 ein Automobil umgefallen, zu dessen Aufrichtung die Feuerwehre gerufen wurde.

Passagier-Theater. Für die am Sonnabend beginnende neue Saison hat die Direktion das Haus unter den Linden einer vollständigen Reuegestaltung unterzogen. Die Bühne wurde bedeutend vergrößert und etwas niedriger gelegt, der Zuschauerraum renoviert, Terrassen sind errichtet worden und eine neue Eigeinteilung ist entstanden. Man wird jetzt von jedem Plaz aus alle Vorgänge auf der Bühne verfolgen können.

Aus den Nachbarorten.

Potsdam. In der Ihmerischen Nordstraße wird gemeldet, daß nachdem gestern und vorgestern die in Potsdam eingetroffenen Verwandten bezw. die beiden Erben die ganze Wisa durchsucht hatten, und bis gestern Abend nur 16 M. und 76 Pf. gefunden hatten, es heute dem Kriminalkommissar Steinbauer, der heute morgen nach Abreise der Verwandten eine erneute Untersuchung vornahm, gelang, 30 Hundertmarkstücke, 180 Zwanzigmarkstücke und ca. 4000 M. in Coupons einzeln in Wäschekisten, im Kasten und in Kermeln von Kleidern eingeklebt aufzufinden. Der wichtigste kriminalistische Fund aber ist ein blutbeflecktes Weib, das der Kommissar hinter einem großen, an der Erde festgeschraubten Kleiderstrahl vorfand. Die Blutspuren daran sind noch frisch.

Die ermordete Witwe des Justizrats Ihmer ist am Donnerstag in aller Stille beerdigt worden. Als Erben der alten Frau kommen in Frage der 82jährige Bruder ihres verstorbenen Gatten, Raurermeister Moritz Ihmer in Reuzelle bei Guben, sowie dessen Söhne, von denen der eine Raurer- und Zimmermeister in Reuzelle, der andre Kreissekretär in Rottbus und der dritte Kaufmann in Fürstberg ist. Außer diesen näheren Verwandten sind noch einige seiner stehende Verwandte bei der schon am 18. Januar 1882 erfolgten gemeinsamen Testamentserrichtung der Ihmerischen Eheleute mit Legaten bedacht worden. Damals schon betrug das Vermögen über 60 000 M., so daß es jetzt, bei dem notorischen Geiz der Ermordeten, sich bis auf ca. 95 000 M. vermehrt haben dürfte. Trotz der auch noch am Mittwoch stattgehabten Nachforschungen in der Wisa der Ermordeten, konnte man aber bisher nichts von etwaigen Wertpapieren entdecken, so daß es immer mehr den Anschein gewinnt, als habe der Mörder Wagner dieselben durch Helfershelfer irgendwo in Sicherheit bringen lassen. Es wurde bereits festgestellt, daß Wagner bald nach der That Goldmünzen in Zahlung gegeben hat; auch hat er wahrscheinlich in der Wisa eine alte Münzensammlung, welche der verstorbene Justizrat Ihmer angelegt hatte, gestohlen. Am Mittwoch wurde Wagner, dessen Waunde auf Verheißung, zunächst nach Potsdam als Untersuchungsgefangener gebracht.

Vermishtes.

Deutsche Kultur im 20. Jahrhundert. Aus Altenburg wird vom Donnerstag berichtet: Heute hat hier eine dreifache D i n - richtung stattgefunden. Die Ehefrau Eriest und deren beiden Liebhaber Niedermeier und Tänzer, die wegen Ermordung des Ehe-

manns Seifert zum Tode verurteilt worden waren, wurden heute früh auf dem Hofe des Landgerichts durch Scharfrichter Engelhardt hingerichtet. Alle drei Mörder waren geständig.

Ueber einen verunglückten Luftballon wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Kreuznach gemeldet: Ein rätselhafter Vorgang hält andauernd in der ganzen ländlichen Umgebung unserer Stadt die Gemüter in Erregung. Am Mittwochnachmittag landete auf einer Waldwiese bei dem benachbarten Dorfe Dudenau ein in-fassenloser Luftballon, auf dessen Kuppe die französische Tricolore wehte. Einem zufällig anwesenden Volksschullehrer aus Köln gelang es, durch Öffnen des Ventils den Ballon zu entleeren. Man fand in dem Korbe eine Tafel, die den Ballon als Eigentum der französischen Luftschiffer-Abteilung in Versailles kennzeichnete, eine größere Anzahl Generalstabskarten, ein Barometer, einen Höhenmesser und ein Thermometer, das als Minimumtemperatur -10 Grad C anzeigte. Hieraus und aus der Thatsache, daß an dem Korbe sich Eiszapfen befanden, ist zu schließen, daß der Ballon in sehr hohe Regionen gestiegen war, während das Fehlen des Ankers und das Herabhängen eines zertrümmerten Tauens darauf hinweisen, daß der Ballon, dessen Zuspätkommen irgendwo ausgefallen waren, sich losgerissen hat. Wo das der Fall gewesen ist, darüber fehlt jeder Anhaltspunkt. Der Ballon wurde im Dudenauer Gemeindehause geborgen und der Vorfall dem Bezirkskommando Kreuznach gemeldet, das die Untersuchung, die jetzt allerdings ohne Ergebnis, in die Wege geleitet hat.

Aus München wird berichtet: Das Befinden der beiden bei dem Erdbeben einwärts schwerverletzten Arbeiter ist befriedigend, und obwohl Komplikationen nicht ausgeschlossen sind, ist zu hoffen, daß sie mit dem Leben davonkommen. Die übrigen leichtverletzten Arbeiter, die durchweg Verletzungen und Aneisungen erlitten, klagen allerdings über starke Schmerzen; doch sind bei ihnen keine Komplikationen zu befürchten. Als Ursache des Unglücks ist die Möglichkeit einer Senkung der aus Beton hergestellten Fußsohle zu betrachten. Der Bauleiter, Ingenieur Gumb, dürfte nach Auffassung des Geschäftsinhabers, Kommerzienrats Widmer (Widmerstraße) ebenso wie Ingenieur Greif vollkommen ohne Schuld sein. Bei den Aufbaumarbeiten verunglückte ein weiterer Arbeiter durch Sturz in den Schacht.

Unglücksfälle mit dem Automobil. Es scheint als ob dies modernste Verkehrsmittel es auf die Vernichtung der gesamten Plutokratie abgesehen hat. Während nämlich erst ein Mitglied der Familie Vanderbilt mit dem Automobil tödlich verunglückt ist, kommt jetzt aus New York die Nachricht, daß der Millionär Matthews aus Jersey-City mit seinem Automobil einen Abhang herunterstürzte. Matthews und eine Dame wurden getötet, eine zweite Dame sowie ein Geizhals erlitten tödliche Verletzungen. — Bei Sivier, unweit Saint Nalo, stürzte in einer scharfen Kurve der Straße das Automobil, in dem der Marquis de Rammeville mit dem Grafen und der Gräfin v. Camburg und dem Baron v. Camburg einen Ausflug gemacht hatte. Der Graf brach dabei drei Rippen, der Marquis zog sich eine Hüftenverletzung zu.

Zeltgemeinungen haben die Einwohner und Gäste des Waldortes Devin (Kr. Franzburg, Pom.) entzweit. Sie veranstalteten nämlich am Sonntag ein großes — Regenschirmfest, an dem rund 1000 Personen aus Devin, Straßburg und andern Orten der Umgegend teilnahmen. Nach dem Umzuge fand die Preisverteilung für die am eigenartigsten und wichtigsten ausgeschmückten Schirme statt.

Ueber ein starkes Erdbeben, das sich auf den europäischen Erdbebenkarten, wie wir berichteten, schon vor einigen Tagen bemerkbar gemacht hatte, kommt jetzt aus New York die erste kurze Drahtmeldung. General Chaffee hat nämlich aus Manila gefahdet, daß zahlreiche Erdbeben in dem Bezirke Palenano im Lande der Philippinen auf Mindanao, in der Nähe des Lagers des amerikanischen Hauptquartiers, stattgefunden haben. 50 bis 60 Eingeborene haben hierbei das Leben eingebüßt. Von den Amerikanern ist niemand zu Schaden gekommen.

Neuentdeckte Erzlager in Norwegen. Im Laufe dieses Sommers fanden in den Bergen von Sildvorange Unternehmungen statt, die zur Entdeckung von Eisenerzlagern führten, welche so groß sind, daß man nach dem Urteil von Fachleuten in der Welt nicht ihresgleichen findet. Man fand Erzadern von 70-200 Metern, die geringste Ader mißt 30 Meter. Die Lager dehnen sich über 15 Quadratkilometer aus. Der Grund ist Staatsbesitz. Da die Lager nur 1 Kilometer vom Fjord entfernt sind, ist außerordentlich günstige Gelegenheit zur Ausbeutung des Erz vorhanden. In der Nähe bildet der Basalt ein Vorkommen von 40 000-50 000 Pferdekräften enthält, aber zur Hälfte zu Rußland gehört. Im nächsten Jahre soll, sobald der Schnee schmilzt, mit der Ausbeutung der Erzlager begonnen werden.

Marktpreise von Berlin am 27. August 1902 nach Ermittlungen des fgl. Volksgeldbüros.

† Weizen, gut D.-Gr.	16,15	16,10	† Roggen, gut	14,40	14,20
„ mittel	16,09	16,05	„ mittel	14,10	13,90
„ gering	16,04	16,—	„ gering	13,80	13,60
† Hafer, gut	15,50	15,20	* Weizen, gut	15,10	14,90
„ mittel	15,10	14,90	„ mittel	14,80	14,60
„ gering	14,80	14,60	„ gering	14,50	14,30
* Gerste, gut	19,50	18,50	* Hafer, gut	18,40	17,50
„ mittel	18,40	17,50	„ mittel	17,30	16,40
„ gering	17,30	16,40	Rüchelsch	5,—	4,15
Rüchelsch	5,—	4,15	Heu	7,—	4,70
Heu	7,—	4,70	Gras	40,—	25,—
Gras	40,—	25,—	Grüneisenerz	50,—	25,—
Grüneisenerz	50,—	25,—	Winsen	60,—	20,—
Winsen	60,—	20,—			

Produktmarkt vom 28. August. Getreide. Trotz des herrschenden Windwunders ist seit gestern schönes Wetter eingetreten. Infolge dessen zeigten sich am heutigen Frühmorgen Käufer für Weizen sehr zurückhaltend, während für prompten trockenen Roggen gute Kaufkraft bestehen blieb. Aus Schienen und Eisen waren Vorungen mehrfach angeboten, fanden jedoch trotz garantierter Ablieferung keine Abnehmer, da gefundene trockene Anker nicht gewickelt werden konnte und Käufer es vorzogen, die Anker der Ware erst abzuwarten. Von den amerikanischen Börsen wurde etwas schwächere Tendenz gemeldet, während in Devisen-Ängsten die Weizenpreise eine kleine Besserung erfahren haben. — Am Mittagsverkehr ruhte das Geschäft zunächst fast ganz und konnte sich erst später nur unwesentlich beleben. Die Preise hielten sich für Roggen behauptet, für Weizen etwas schwächer als gestern. Weizen war still und unerbändert. Von Futtermitteln war Hafer auf neue Bindungen leicht gedrückt, Mais behauptet. Rohöl nach gestrigem Rückgang leicht erholt. Spiritus. Am Spiritusmarkt wurden für 70er loco 39,30 M. geboten, doch kamen Abschlüsse nicht zu Stande. Schluss für Getreide durchweg schwächer; Weizen per September 1 1/2, Oktober 1/2, Dezember 1/2 M., Roggen 1/4 bis 1/2 M. niedriger.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. N. N. Wenden Sie sich an die Verlags-, Schul-, Gize der Mutter- und Pöhlgerstraße, wo der Unterricht für zwei Stunden in der Woche monatlich 8 M. kostet oder nehmen Sie an dem zum Herbst beginnenden Unterrichtskursus an einer der hiesigen Volkshochschulen teil. Hier beträgt das Lehrgeld monatlich 4 M. M. 99. Alte Schreibweise: Urnuth, also mit 19. N. 25. Leipzig ist etwas größer als Breslau, beide werden aber bedeutend übertriften durch die Einwohnerzahl Hamburgs. Im übrigen sehen Sie darauf, daß Ihre Fragestellung eine klare gewesen ist. N. H. Um Debanne zu werden, hat man sich zunächst an Herrn Stadtpflichtschutz, Tempelhofer Ufer 20, zu wenden. Nach der dort erfolgten Vorprüfung und Untersuchung ist für Berlin beim Polizeipräsidenten ein Gesuch um Zulassung zur Ausbildung einzureichen. Der Lehrkursus in der Charité dauert vom Oktober bis April und kostet einschließlich Pflegegeld, Instrumente etc. 200,00 M. Während der Dauer der Ausbildung müssen die Frauen in der Charité wohnen; außerdem ist als höchste Altersgrenze das 30. Lebensjahr vorgeschrieben.

Wausse. Wir vermögen Ihnen nicht zu sagen, wo das Gedicht erschienen ist. Wenden Sie sich an den Vertrauensmann Ihres Wahlkreises, der Ihnen, falls Sie politisch organisiert sind, bekannt sein wird. — Kammelsburg 29. Debanne bedürfen nach der Gewerbe-Ordnung eines Prüfungsgesuches der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde. Das Gesuch gilt nur für das Staatsgebiet. Eine in Sachsen erteilte Debanne ist demnach nicht befreit, ihr Gewerbe in Preußen auszuüben. Nach dem preussischen Reglement sind über 30 Jahre alte werbende Personen zur Prüfung nicht zugelassen. Die Prüfung (in Berlin beim Polizeipräsidenten) muß bei dem Antrage zur Debanne mitgeführt werden. Die Prüfungsergebnisse sind dem Gewerbeamt zu überreichen. Die Gewerbeamtung zur Umwandlung des Namens kostet 50 M. — M. 444. 1896. — S. 23. 900. 1. und 2. Ja. — N. 35. Bis zum vollendeten 21. Lebensjahre ist die Einwilligung des Vaters zur Eingehung der Ehe erforderlich. — S. G. 15. Rein. — N. H. 101. 1. Rein. 2. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 haben folgende Städte über 200 000 Einwohner: Berlin 1 888 848, Danzig 705 738, München 499 932, Leipzig 456 124, Breslau 422 702, Dresden 398 146, Köln 372 529, Frankfurt a. M. 288 989, Nürnberg 261 081, Hannover 235 649, Magdeburg 229 667, Düsseldorf 213 711, Stettin 210 702, Chemnitz 206 913. — S. Z., 1898. Rein. Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch lautet in seinem letzten Satz: Ein Rückwärtsrecht steht dem Dienstberechtigten dem Gehalte gegenüber nicht zu. — 1. Rigori. Ja. — S. 23. 100. Ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament muß unter Angabe des Tages und Ortes eigenhändig ge- und unterschrieben sein. Gerichtlich aufbewahrt oder geteupelt zu werden braucht es nicht. Beispiele finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer S. 238, 239. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — S. N. 150. 1. Allenstein hat nach der letzten Volkszählung 24 296 Einwohner. 2. Die Steuern müssen Sie zahlen, können aber um Niederzahlung bei der Steuerliquidation eintreten. — N. Ja. — S. G. 15. 1. Ja. 2. Darüber, welches Recht das Billige und zuträglichste ist, sind die Gelehrten und Intellektuellen uneinig. 3. Der Bezirksvorsteher. — K. M. Deutsche, die in einem der 26 deutschen Bundesländer bereits die Staatsangehörigkeit besitzen, können durch Aufnahme in den preussischen Staatsverband Preußen werden. Die Aufnahme-Verträge muß jedem Deutschen erteilt, der um diese nachsucht und nachweist, daß er in Preußen sich niedergelassen hat, es sei denn, daß Gründe vorliegen, aus denen die Abweisung eines Antragstenden erfolgen darf. (Hilfsbedürftigkeit, Bekämpfung wegen Landstreichens u. dgl.) Der Antrag um Aufnahme ist in Berlin an den Polizeipräsidenten, in dem übrigen Preußen an den Regierungspräsidenten zu richten. Es genügt etwa folgender Antrag: „Ich bin Staatsangehöriger des Königreichs Sachsen, habe mich, wie notwendig sein dürfte, seit 1891 in B. niedergelassen. Meinen Bedürfnissen und meine militärischen Pflichten sage ich bei und beantrage: Aufnahme in den preussischen Staatsverband.“ Können für die Aufnahme erwachen nicht. Ein Aufnahmeformular erhalten Sie durch den Wahlvereins-Vorstand und in der Buchhandlung Vorwärts. — Th. A. 1. Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts: nein. 2. Rein, er darf aber Fremde nicht mehr zulassen. 3. Rein. 4. Ja. — N. W. 1. Die Kasse ist im Recht. 2. Rein, nur Krutengeld. — Grabwiese Streitfrage. Die Frage, ob sie strafbar macht, vor ihm gehörige Geldstrafe vernichtet oder beschlagnahmt, geht zu den fast monatlich wiederkehrenden und ebenso oft dahin beantworteten Fragen: nicht strafbar, aber in der Regel höchst in die Beschädigung oder Vernichtung. — Franz Daak. Die Unfall-Versicherungsgesellschaft kann zur Leistung von Vorkassens oder zur schnellen Erteilung eines Bescheides nur durch Beschwerde an das Reichs-Versicherungsdienstamt veranlaßt werden.

Witterungsübersicht vom 28. August 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. °C
Zwinnende	761	SW	4 befeht	15	Saparanda	760	NO	2 heiter	12		
Hamburg	762	SW	4 befeht	13	Bielefeld	766	SW	1 wolkenl	12		
Berlin	763	SW	3 heiter	15	Soest	769	NO	3 heiter	13		
Frankf. M.	764	O	2 wolkenl	14	Aberdeen	—	—	—	—		
München	765	SO	2 heiter	16	Paris	762	R	1 wolkenl	14		
Wien	764	SW	1 befeht	20							

Weiter-Prognose für Freitag, den 29. August 1902. Trocken und vorwiegend heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Achtung! Bauarbeiter Achtung!
Berlins und Umgegend.
Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sonntag, den 31. August, vormittags 10 Uhr, in Cohns Fehlfalen, Deutschstr. 19:
Kombinierte Mitglieder = Versammlung
aller zum Streikgebiet Berlin gehörigen Verbands-Zahlstellen.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom ersten Halbjahr 1902. 2. Die Beisitzer der letzten Versammlungen und wie werden dieselben gehalten. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten. 43/10
Der wichtigsten Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen erforderlich.
Handzettel werden nicht verteilt. — Verbandsorgane legitimieren.
Die Verbandsleitung. J. K.: Karl Heldemann.

Achtung! Achtung!
Bleiglasler und Glasmaler,
sowie die in dieser Branche beschäftigten Personen.
Freitag, 29. August, abends 8 1/2 Uhr:
Gr. öffentliche Versammlung
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderung betreffend die Anerkennung unreserverten Arbeitsnachweises. 2. Wie stellen sich die Kollegen zu einer Lohnbewegung?
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
Die Lohnkommission.

Wurst!
Thüringer Rotwurst à Pfd. 55 Pf.
Flaschewurst 65
Holl. Zwiebelwurst 55
Braunschw. Kalbsleberw. 65
Mettwurst u. Polnische 65
Braunschw. Mettwurst 65
Schlackwurst u. Salami 105
60. Echte Thüringer 135
Ostp. Landsch. l. g. u. halb. 100
Delik. Schink. u. Knoch. 115
Schinkenspeck. 90
Paul Klähn,
Chausseestr. 27.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Achtung! Einsetzer. Achtung!
Sonntag, den 31. August ev., vormittags 10 1/2 Uhr:
Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Karl Guthert über: Invaliden- und Unfallversicherung. 2. Bericht der Delegierten der Arbeiterschnitz-Kommission. Referent: Kollege Kurzwald. 3. Branchenanliegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Helmlich, Bergstraße 37, speziell der Kollege Salow, geladen. 87/19

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Charlottenburg.
Sonabend, den 30. August, im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße Nr. 3: 87/20
Großer Sommernachts-Ball.
Kollegen sowie Freunde und Gönner laßt ein Das Komitee.

Tegel—Tegelort—Jörsfelde.
Dampfer-Linie von Carl Holtz.
Bequem eingerichtete große und kleine Dampfer. Billigste Preise.
Tegel—Tegelort, Restaurant „Zum Schwan“ und zurück 15 Pf.
Tegel—Jörsfelde und zurück 20 Pf.
Halte mich allen Freunden, Bekannten und Ausflüglern bestens empfohlen.
C. Holtz.
47912

Täglich Eingang der letzten Neuheiten!
Außergewöhnlich günstige Gelegenheitskäufe!
Kommandantenstr. 20
Welche Herren-Hüte von 1,85 bis 4,80 M.
Stiefe Herren-Hüte von 1,87 bis 4,50 M.
Echte Haar-Hüte 4,75 M.
Cylinder-Hüte von 3,97 bis 8 M.
Jagd-Hüte 1,98 M. (40155)
Kommandantenstraße 20.

Wer einen billigen und gut sitzenden Anzug oder Paletot wünscht, besuche daselbe bei Schneidermeister Kawlocki, Charlottenburger Kanstr. 56. Großes Lager von nur guten Stoffen. Einlegungsangabe nach Maß. Rabatpreis.
Große Betten 12 M.
(Überd., Unterd., zwei Stufen) mit gerollten neuen Federn bei Carl und W. Berlin, Pringelstraße 46. Billigste Qualität. Viele Anerkennungs-schreiben.

Heute hat nach längerem Verden unter Heber Kollege, der Schriftleiter
Fritz Jordan
im 29. Lebensjahre. [17055]
Sein lauterer Charakter, sein aufopferndes und persönliches lebenswichtiges Wesen sichern ihm ein treues Gedenken weit über das Grab hinaus.
Berlin, 28. August 1902.
Die Kollegen der Abteilungen
„Die Woche“ u. „Der Tag“
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. August, nachmittags 7 1/2 Uhr vom Trauerhause, Friedrichshagen, Thormayer-Allee 46, aus statt.

Allen Freunden und Genossen für die erwiesene Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines Mannes, des Bräutigams
Julius Klinke
sage meinen herzlichsten Dank.
Hwe. Klinke, geb. Rippe.
Arb.-Radf.-Verein „Berlin“.
Sonntag 5 Uhr: Landberger Thor nach Rudow (Rückliche Schweiz), Restaurant Rosenburg, Bräutigamsstraße (30 Kilometer). — 1 Uhr: Landberger Thor nach Straußberg (Gungliger Wolf). — Donnerstag: Versammlung Lindendammstraße 26. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest. Siehe Sonntags-Anfänger. 13/4

Briketts
billig. billig.
Herrmanns Kohlenlager,
O., Röhrenstr. 12.
Wegen Aufgabe meines Wohnplatzes offeriere ich den Herrmanns Brikett Abnahme von 3000, 5000, 10000 Stk. frei Keller 6* 6,25 6* 5,75 M. 7* 7,50 7,25 7*
frei Boden 50 Pf. pro 1000 St. mehr, ab Lagerplatz mitrechennd billiger.
Schuttische undern Brennmaterialien ebenfalls billig. 49132*
Maschinen, Werkzeugen etc. etc.
(Konkurrenzmassen-Ansverkauf) für Schlosser, Schmiede, Klempner, Maschinenfabriken
Solmanstr. 20.
Möbelfabrik.
N. Krüger, Tischler, Vaugasse 109, empfiehlt kompl. Wohnungs-einrichtungen sowie einzelne Stücke in guter Ausführung. Billige Preise. Katalog auf Wunsch frei zugesandt.

Ein vorzügliches, gehaltreiches helles Bräu
F. Happoldt's Tip-Top
in Flaschen und Gebinden.
Telephon IV, 9115
Brauerei F. Happoldt,
102/5* Berlin S., Hasenheide 32/33.

